



Griechenland im September 2013
Ein politischer Reisebericht



Vorwort

In den Wochen nach unserem Besuch haben sich die politischen Widersprüche in Griechenland weiter zugespitzt. Wir wollen deshalb die Erfahrungen, die wir Ende September 2013 in Athen und Thessaloniki gemacht haben, auch noch mal in gedruckter Form veröffentlichen. Unsere GesprächspartnerInnen hatten damals auf ihre Befürchtung hingewiesen, dass die Verhaftung einiger Führungsfiguren der faschistischen Goldenen Morgenröte nur der Auftakt verschärfter Repressionen sei, die sich in erster Linie gegen den Widerstand und die griechische Linke richten wird. Die Befürchtung ist schnell zur Realität geworden.

Die Regierung versucht mit der Theorie der „zwei Extreme“ sich als Garant von Recht, Ordnung und Sicherheit zu profilieren. Der Ministerpräsident Samaras, der eine lupenreine rechtsradikale Vergangenheit aufweisen kann, will so die zur Morgenröte abgewanderten Wähler für die Nea Demokratia zurückgewinnen. Die Chancen dafür stehen schlecht, denn die Folgen der Troika-Diktate, die auch weiterhin von seiner Regierung vollstreckt werden, haben den Aufstieg der griechischen Faschisten erst ermöglicht und fördern ihn weiter.

Um der beständigen Unruhe Herr zu werden, hat die Regierung ihre Repression verschärft. *„Während die Anti-Minen-Bewegung zu einer Massenbewegung wird, hat die Regierung eine brutale Kampagne der Kriminalisierung und Diffamierung begonnen. Sie droht denjenigen mit langen Gefängnisstrafen, die sich gegen die Mine aussprechen und handeln. Mit ihrer Theorie von den ‚beiden Extremen‘ versucht die griechische Regierung, die Volksbewegung, die die neoliberale Plünderung und Zerstörung bekämpft, mit den Nazi-Verbrechern der Goldenen Morgenröte gleichzusetzen, die bis vor kurzem vom Staat geschützt wurden.“* (aus einer Erklärung der Protestbewegung in Chalkidiki) Am 24. Oktober *„haben Beamte des Rauschgiftdezernats, begleitet von Angestellten des nationalen Pharmazieverbandes und in Gegenwart eines Untersuchungsrichters, in unserer Zentrale eine Untersuchung durchgeführt, nach einer anonymen Anzeige wegen angeblichen illegalen Drogenhandels.“* (Erklärung Ärzte der Welt nach Durchsuchung des Gesundheitszentrums Elleniko)

Die Darstellung der sozialen und humanitären Verhältnisse in Griechenland widerlegt die Propaganda vom beginnenden Aufschwung. Am 7. November ließ die Regierung das von RedakteurInnen und TechnikerInnen besetzte ERT-Gebäude räumen. Eine freie und kritische Berichterstattung über die Folgen der Austeritätspolitik soll es nicht mehr geben. Die Schließung der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt im Juni 2013 war ein bisher einmaliger Akt in der griechischen und europäischen Geschichte. Er wurde zunächst als Ministerialerlass verkündet. Spätestens bis zum 18. Oktober hätte dieser Erlass durch das Parlament legitimiert werden müssen. Die ERT-MitarbeiterInnen hielten sich also zu Recht im Sendegebäude auf. Doch ihre juristischen Klagen hatten bis heute vor keinem griechischen Gericht Erfolg. Die Justiz ist zu einem Instrument der Herrschenden geworden. Sie segnet die Entscheidungen ab, die die Regierung im Auftrag der Troika getroffen hat. Diese Entscheidungen demontierten nicht nur die sozialen Sicherungssysteme, sie beseitigten auch wichtige Bestandteile der griechischen Verfassung und der parlamentarischen Regeln.

Darüber wird in unseren Medien kaum berichtet. Diesem mächtigen Gegner, der Troika, kann sich die griechische Bevölkerung nur erfolgreich widersetzen, wenn sie Solidarität aus anderen europäischen Ländern erhält. Wir wollen dazu beitragen, diese Solidarität zu entwickeln und zu fördern. Der Widerstand in Griechenland benötigt neben der politischen Unterstützung auch finanzielle Hilfe.

Spenden auf das Solidaritätskonto: Manfred Klingele-Pape, Kto-Nr. 12 11 47 89 10, Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50), Stichwort: Griechenland-Soli

(Wer ein bestimmtes Projekt unterstützen will, sollte das in der Überweisung angeben.)

Überlegungen zu unserer geplanten Solidaritätsreise

Am 17. September, vier Tage vor dem Abflug nach Athen häufen sich in der Presse die Meldungen und Berichte aus/über Griechenland. Ich gewinne den Eindruck, dem Land steht eine Periode verschärfter sozialer und politischer Auseinandersetzungen bevor. Reisen wir zum Auftakt eines Stückes, das mit dem Sturz der jetzigen Regierung enden wird? Die vielen Kontakte und geplanten Treffen werden jedenfalls informativ und spannend angesichts der Ereignisse in dieser Woche.

Dienstag,
17. September 2013

Die teilweise schon vor den Sommerferien beschlossenen Sparmaßnahmen haben zu einer Welle von Streiks geführt. Im Mittelpunkt stehen die Mitglieder der Lehrgewerkschaft OLME, die einen fünftägigen Arbeitskampf führen und am Freitag beraten wollen, ob sie ihn in den nächsten Tagen fortführen werden. Welch ein Glück, dass wir in der Woche des 1. Mai in Deutschland den Athener Lehrer Nikos kennen gelernt haben. Er wurde inzwischen in die nationale Leitung von OLME gewählt und hat ein Treffen mit KollegInnen seiner Gewerkschaft in Athen für Mittwoch, den 25. September, organisiert. Ebenfalls auf seine Initiative gibt es ein Treffen mit GewerkschafterInnen aus den verschiedensten Branchen, die SYRIZA nahe stehen. Diesem Treffen messe ich eine besondere Bedeutung zu, denn SYRIZA hat die Bevölkerung zur Teilnahme an den Streiks und Demonstrationen aufgerufen mit dem Ziel, die jetzige Regierung zu stürzen und Neuwahlen einzuleiten. Das erscheint mir nicht unrealistisch zu sein. Die beiden Regierungsparteien, glaubt man den Pressemeldungen und Kommentaren, befürchten angesichts weiterer Sparmaßnahmen – und der Proteste dagegen – eine Erosion in den eigenen Reihen.

Am Sonntagvormittag treffen wir uns mit unseren UnterstützerInnen und DolmetscherInnen um die konkrete Planung der Besuchswoche vorzunehmen. Zu den bereits verabredeten Terminen werden sicherlich eine Reihe kurzfristiger Treffen und Auftritte hinzukommen, die sich aus den aktuellen Ereignissen und Protesten ergeben. Ein Glück, dass wir insgesamt 14 TeilnehmerInnen sind. So können wir uns notfalls aufteilen, zu wichtigen und zentralen Treffen aber auch gemeinsam und „öffentlichkeitswirksam“ auftreten.

Ein Termin, den wir schon festgelegt haben, ist der Besuch des besetzten ERT-Gebäudes, in dem der ehemals staatliche Fernseh- und Rundfunksender untergebracht war. Ich hatte erwartet/befürchtet, dass die Koalition das Gebäude durch die Polizei würde räumen lassen, nachdem die neue, abgespeckte und mit regierungskonformen Journalisten besetzte Sendeanstalt vor einem Monat gegründet wurde. Offensichtlich wollten ND und PASOK kein weiteres Öl ins Feuer gießen angesichts der breiten Solidarität mit der Besetzung und der jüngsten Proteste. Für die BesetzerInnen des ERT-Gebäudes würde ein Sturz der Regierung neue Perspektiven eröffnen für ihren Kampf um den Erhalt des Senders und für eine journalistisch unabhängige Berichterstattung, die es auch in der alten Sendeanstalt nicht gab. Zu groß war der Einfluss der alten „Systemparteien“ ND und PASOK auf die Personalplanung im Sender und die Inhalte der Programme.

Ein weiteres Treffen mit GewerkschafterInnen wird der Besuch des Arbeiterzentrums in Livadia sein. Es ist die Hauptstadt der Region, in der auch das Werk von „Aluminium of Greece“ liegt. Mit Yannis, Gewerkschaftsrepräsentant auf der Aluminiumhütte und Abgeordneter für SYRIZA im Parlament, hatten wir schon im September letzten Jahres und bei seinem Gegenbesuch viele intensive Diskussionen. Und zwei Mitglieder unserer Reisegruppe aus Darmstadt waren erst im Juni in Livadia und besuchten auch die Gedenkstätte für die Opfer der deutschen Wehrmacht in Distomo. Im Arbeiterzentrum – das ist der Zusammenschluss der regionalen Gewerkschaftsverbände – werden wir neben der Erörterung der gewerkschaftspolitischen Perspektiven auch das soziale Zentrum besuchen. Es wird vom

Arbeiterzentrum geführt und bietet eine Reihe von Sozialeinrichtungen wie z.B. einen sozialen Supermarkt für bedürftige Menschen und eine Kleiderkammer.

Die sozialen Selbsthilfeeinrichtungen bilden einen weiteren Schwerpunkt unseres Besuches. Am Sonntagnachmittag (22.9.) werden wir das soziale Zentrum in Perama besuchen. In Perama, einem Stadtviertel von Piräus, beträgt die Arbeitslosigkeit 80 Prozent. Aber nicht nur als Brennpunkt des sozialen Elends infolge der kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzkrise ist der Besuch für mich besonders wichtig. In Perama haben am Freitag letzter Woche die faschistischen Schlägertrupps der „Goldenen Morgenröte“ eine Gruppe der KKE-Jugend beim Kleben von Plakaten überfallen und etliche verletzt. Christos, den wir bereits im September letzten Jahres als einen der Organisatoren des Selbsthilfenetzwerkes „solidarity for all“ kennengelernt haben, wies in seiner jüngsten Mail noch einmal auf diesen aktuellen Vorfall und dessen Bedeutung hin.

Es werden bei unseren Gesprächen in Athen und in Thessaloniki – beim selbstverwalteten Betrieb VIO.ME. und in der „Gesundheitspraxis der Solidarität“ – die Fragen im Mittelpunkt stehen, die sich aus den aktuellen Ereignissen ergeben. Kann die Regierungskoalition aus ND und PASOK noch durchhalten? Welche Perspektiven ergeben sich, sollten die jetzigen Proteste zu Neuwahlen und einer Regierungsbildung durch SYRIZA führen? Was bedeutet dies für die Gewerkschaften, die soziale Selbsthilfebewegung und für antirassistische und antifaschistische Initiativen? Eine Menge von Fragen, die wir sicherlich in den geplanten Treffen erörtern werden. Unsre FreundInnen aus Griechenland müssen die Antworten in ihrer gewerkschaftlichen und politischen Alltagsarbeit finden.

Eine Linksregierung in Griechenland wird meines Erachtens auf erbitterten Widerstand stoßen. Die Vertreter der „Troika“ (allen voran die Bundesregierung) werden wohl nicht so leicht nachgeben, sondern den Druck dann eher noch verschärfen. Ansonsten wäre Griechenland ein Vorbild für die Bevölkerungen anderer südeuropäische Länder nach dem Motto: Ihr könnt die Spardiktate zu Fall bringen oder entschärfen, indem ihr der Linken eine parlamentarische Mehrheit verschafft. Nur wenn der Funke überspringt, also in anderen Euro-Staaten der Widerstand wächst, wird die „Troika“ zur Entschärfung der Lage, zu Zugeständnissen bereit sein. Die internationale Solidarität ist im Falle eines Wahlerfolges von SYRIYA also erst recht notwendig. Die Kräfteverhältnisse in Europa lassen sich nicht allein durch die griechische Bevölkerung verändern.

Leider ist es bei uns in Deutschland um diese Solidarität nicht gut bestellt. Wir können nur denen, die Interesse zeigen, über unsere Erfahrungen berichten. Ansonsten müssen wir abwarten, was nach der Bundestagswahl dem „deutschen Michel“ (Steuerzahler) von der nächsten Regierung präsentiert wird. Dann wird wohl scheinbar die Wahrheit über die Kosten der Bankensanierung, die den WählerInnen als „Rettungspaket für Griechenland“ verkauft wird, auf den Tisch kommen.

Auch innenpolitisch stände eine durch SYRIZA geführte Regierung unter erheblichem Druck. Die Rechte, insbesondere die ND und die „Goldene Morgenröte“, würden wohl alles in ihrer Macht stehende tun, um eine solche Regierung zu Fall zu bringen. Sie verfügen nicht nur über die Unterstützung finanzstarker Kapitalgruppen und deren Einfluss auf die Presse. Die Anhänger der Rechtsparteien und der Faschisten sitzen im Beamtenapparat, in der Justiz, dem Militär und der Polizei.

Mittwoch,
18. September 2013

Heute früh erreichten mich die ersten dürftigen Meldungen über den Mord an Pavlos Fyssas. Er war als Antifaschist bei ANTARSYA aktiv und als Hip-Hop-Musiker in Griechenland unter dem Namen „Killah P“ bekannt. Die faschistischen Schlägerbanden haben erneut zugeschlagen. Der Tatort liegt in der Nähe von Perama, wo wir das soziale Zentrum besuchen



Wandgemälde: Pavlos Fyssas wurde als Musiker unter dem Namen „Killaah · P ·“ bekannt.

werden. Wir werden am Sonntagnachmittag den Tatort besuchen um unsere Anteilnahme und die Solidarität mit dem antirassistischen und antifaschistischen Kampf zum Ausdruck zu bringen.

Das Anwachsen des Einflusses der „Goldenen Morgenröte“ – die Wahlumfragen sehen sie bei 13 bis 15 Prozent – verdeutlicht mir noch einmal auch die Gefahren der Entwicklung. Zunehmende Verelendung stärkt nicht als Selbstläufer den Widerstand und deren gewerkschaftliche und politische Organisationen. Wenn die Linke versagt, weil sie der Masse keine gangbare Perspektive zu bieten vermag und sich in Grabenkämpfen selbst aufreibt, werden Rechtspopulisten und Faschisten die Nutznießer sein.

Andi

Erster Meinungsaustausch mit Eurydike und Moisis

Abends kamen Eurydike und Moisis zu uns ins Hotel. Beide hatten wir letztes Jahr kennen gelernt, Eurydike war auch bei dem Gegenbesuch Ende April/Anfang Mai in Deutschland dabei. Beide sind Journalisten, aber in einer unterschiedlichen Situation. Während Eurydike ihren Job bei einer großen Zeitung noch hat, ist Moisis arbeitslos. Letztes Jahr hatte er uns erzählt, dass er einer von vielen Griechen ist, die ohne feste Bezahlung arbeiten. Seinen kaum bezahlten Job bei einer kleinen Zeitung gab er im Juli auf und versucht nun irgendwas im Internet zu machen.

Moisis ist in der Journalistengewerkschaft aktiv und wurde im November letzten Jahres zur Zielscheibe der faschistischen Partei „Goldene Morgenröte“ (Chrysi Avgghi, im folgenden CA abgekürzt), die ihn als jüdischen Maulwurf in der Gewerkschaft denunzierte. Eurydike kannte ihn vom Namen her, hatte auch bei den Vorstandswahlen für ihn gestimmt, traf ihn aber jetzt zum ersten Mal persönlich.

Natürlich ging unser Gespräch vor allem um den Mord an dem linken Sänger am Mittwoch, der von einem Mitglied der CA verübt wurde. Im Moment ist die öffentliche Aufregung groß, alle Zeitungen und Fernsehsender berichten groß darüber und zeigen sich entsetzt. Dabei hatten viele von ihnen in der letzten Zeit prominenten CA-lern eine Plattform geboten und z.T. offen darüber nachgedacht (wie z.B. die „Kathimerini“, so was wie die FAZ für Griechenland), dass die CA eine Koalition mit der Regierungspartei Nea Demokratia (ND) eingehen könne, wenn deren jetzige parlamentarische Mehrheit noch mehr schwinden würde. Nach dem Mord wird großes Entsetzen demonstriert und man distanziert sich allenthalben. Von der Regierung wird über ein Verbot nachgedacht, dabei würde es genügen, wie Eurydike betonte, dass man die bestehenden Gesetze anwendet, denn die CA hat in der letzten Zeit hunderte von Verbrechen vor allem gegen Migranten begangen, die aber nicht verfolgt und bestraft wurden. Würde man das tun, dann würde sich ein Verbot erübrigen. Als Beispiel für das Gewährenlassen der CA-Gangster nannte Eurydike, dass die Regierung jetzt nach dem Mord der Staatsanwaltschaft Akten über CA-Verbrechen übergeben hat, die sie seit zwei Jahren unter Verschluss gehalten hatte.

Samstag,
21. September 2013

Es scheint so etwas wie ein großes Erschrecken eingesetzt zu haben, da jetzt ein populärer griechischer Sänger zum Opfer wurde, wohingegen die fast täglichen Angriffe auf Migranten durch CA-Mitglieder keinen allgemeinen Aufschrei ausgelöst hatten.

Moisis berichtete über eine gewisse Wandlung im Denken der KKE (kommunistische Partei). Bis vorletzte Woche noch waren für die KKE alle Parteien von SYRIZA über PASOK bis zu den Faschisten von der CA alles „Systemparteien“, die es allesamt abzulehnen und zu bekämpfen gelte. Als Moisis in der Journalistengewerkschaft einen Antrag einbrachte, der die Journalisten dazu auffordert, der CA keine Plattform zu geben, wandten sich die KKEler dagegen: Sie seien gegen „Zensur“! Als nun Anfang der Wochen KKE-Anhänger von CA-Leuten verprügelt wurden und am Mittwoch der Mord passierte, änderten sich die Aussagen. So äußerte eine KKE-Parlamentsabgeordnete im Fernsehen, dass die Mitglieder von KKE, SYRIZA und anderen linken Parteien gemeinsam gegen die Faschisten vorgehen müssten. Es scheint sich so langsam der Gedanke zu verbreiten, dass die Faschisten alle Linken zu ihrem Feind haben und ihnen deren Differenzen egal sind.

Moisis ist unermüdlich dabei, in seiner Gewerkschaft und darüber hinaus, für eine antifaschistische Einheitsfront zu werben, die alle einschließen soll, die die Gefahr durch die CA sehen. Jetzt nach dem Mord könnte dieses Anliegen auf größere Resonanz stoßen als bisher vor allem bei der Linken. Für viele Linke galt bisher, wie Moisis erklärte, dass man in der Theorie von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit überzeugt war, in der Praxis aber alles tat, um sich voneinander abzugrenzen. Diese Haltung zu überwinden hält er für die vorrangigste Aufgabe derzeit.

Manfred

Planung und erste Einblicke

Sonntag,
22. September 2013

Heute haben wir uns um 10.00 Uhr auf der Dachterasse verabredet, um zu besprechen, wie wir unseren Tag organisieren wollen, wer eine Rede halten wird etc. Nach und nach treffen alle Mitglieder unserer Gruppe ein und die nötigen Absprachen können getroffen werden.

Ab 11.00 Uhr treffen unsere griechischen Freund/innen und Kontaktpersonen ein: Vassia, Eyridike, Danae, Jennifer, Heike, Damon, Christos und später Yannis. Vom Nationalrat (für die Entschädigungsforderungen an Deutschland) sind außer Damon noch zwei weitere Vertreter des Vorstands gekommen. Damon moderiert das Treffen und gibt das Wort an Andreas vom Nationalrat, einem Kardiologen, der uns begrüßt und sich für die Solidarität bedankt. Sie kämpfen für Reparationszahlungen von der dt. Regierung, erleben dabei aber, dass die griechische Regierung keinerlei Anstalten unternimmt, um diese Entschädigungen einzufordern und auch zu erhalten.

Heike Schrader bekommt das Wort und erläutert die aktuelle Situation in Griechenland. Im Moment wird alles vom Mord an Pavlos Fyssas überschattet. Dabei handelt es sich nicht um den ersten Mord, der von der goldenen Morgenröte verübt wurde; anders ist, dass mit Pavlos zum ersten Mal kein Migrant, sondern ein Grieche ermordet wurde, und anders ist auch, dass zum ersten Mal die Beweislage klar ist. Heike geht darauf ein, dass die griechische Verfassung keine Parteienverbote vorsieht, aber es besteht die Möglichkeit die goldene Morgenröte als kriminelle Vereinigung zu erklären und die Spitze der Partei als Anstifter an der Ermordung zu verurteilen, was in der Konsequenz auch zum Stopp weiterer staatlicher Unterstützung führen würde.

Sie berichtet vom Streik der Lehrer/innen, der in der letzten Woche über zwei Tage geführt wurde. Sie merkt an, dass die Aktionen im Ausland als stärker wahrgenommen würden, als sie tatsächlich sind. Es gibt keine Streikkassen, so dass die Teilnahme an Streiks einen hohen Preis kostet, den sich viele aus wirtschaftlicher Not kaum noch leisten können. Bei einem Einkommen von ca. 900 Euro kostet jeder Streiktag ungefähr 65 Euro, ein Betrag, den viele nicht mehr kompensieren können.

Vassia z.B. ist Gymnasiallehrerin. Zusammen mit ca. 3.500 ihrer Kolleg/innen ist sie in diesem Sommer an die Grundschule versetzt worden. Schulen der Oberstufe wurden geschlossen, Fächerkombinationen und Ganztagschulen wurden abgeschafft, die Klassenstärke wurde erhöht, Förderprogramme werden ersatzlos gestrichen. Das Ministerium hat die Umstrukturierung und die Versetzung als Mobilität bezeichnet, aber im Moment weiß niemand, ob die Stellen erhalten bleiben. Das Bildungsministerium ist geschickt und greift nicht in die Struktur der beiden Schulstränge Gymnasien und Grundschulen gleichzeitig ein. Deshalb fühlen sich die Grundschullehrer/innen derzeit sicher.

Ein Mitglied des Nationalrats berichtet uns von der Forderung des Rats Entschädigungsleistungen für die Opfer der faschistischen Gräueltaten von der Bundesregierung zu erhalten. Persönlich stammt er aus Distomo, einer Stätte in Griechenland, an der die deutschen Faschisten am 14.09.1943 ein Massaker verübt haben. Bis heute gibt es keine Entschuldigung der dt. Regierung, geschweige denn Entschädigungszahlungen. Er formuliert seine Hoffnung an uns, dass wir als Botschafter zurückgehen und Entschädigungen für die Opfer einfordern.

Christos' Bericht beginnt mit der Botschaft, dass sich der Widerstand gegen die Regierung neu formiert hat. Bis zur Schließung des Senders ERT war es der griechischen Regierung gelungen, ein Bild abzugeben, indem Schritte des Aufschwungs vermittelt wurden. Nach der Besetzung von ERT zeigt sich die Ratlosigkeit und Unfähigkeit der Regierung nur zu deutlich. Die Regierung versteht jeden Streik als politischen Streik und nicht mehr als Arbeitskampfmaßnahme. In der Bevölkerung herrscht große Wut, die Stimmung während der aktuellen Streiks ist so gut, wie in den letzten anderthalb Jahren nicht mehr. Auch er geht darauf ein, dass versäumt wurde, eine Streikkasse aufzubauen, was es erschwerte den Kampf zu radikalieren.

Ausführlich geht er auf die Vorgehensweise der goldenen Morgenröte ein. Die Ermordung von Pavlos Fyssas war nur einer von vier/fünf Angriffen allein in der vergangenen Woche. Die Faschisten versuchen die Wut der Bevölkerung für ihre kranke Ideologie zu nutzen und zu manipulieren, sie bieten sich der Regierung als Koalitionspartner an. Die Straffreiheit, das Nichtverfolgen von rechten Straftaten kann als Erlaubnis zum Mord an Pavlos Fyssas gewertet werden. Nach dem Mord und den starken Gegendemonstrationen der Linken sinkt die Attraktivität der Rechten in der Bevölkerung, liegt aber immer noch auf einem „Sympathiewert“ von gut 6%. Wichtig ist es daher, den Faschisten das Rückgrat durch permanenten massiven öffentlichen Druck zu brechen.

**Unser Anliegen:
Gegen Spardiktate, staatliche Repression und Nationalismus!**

An diesem Ort des Gedenkens hinzuzufügen: und gegen jede Form wieder erwachenden Faschismus – nicht nur hier in Griechenland, auch bei uns in der BRD und in anderen Ländern der EU.

Pavlos Fyssas, ermordet im Alter von 34 Jahren, ein junger Hip-Hop-Musiker, in Griechenland unter dem Namen „Killah P“ bekannt. Er war nicht das erste Opfer faschistischer Gruppierungen und Parteien – auch Migranten wurden von ihnen umgebracht. Aber Pavlos Fyssas war der erste, der sein Leben verlor, weil er diesen Volksverhetzern offen und öffentlich entgegentrat.

Die Führer(!) der Goldenen Morgenröte weisen jegliche Verwicklungen der Partei in den Mord von sich: die Attacke sei nicht politisch motiviert gewesen. Es seien im Gegenteil die Linken, die – wörtlich: „ein Klima der Polarisierung und des Krieges schaffen“. Sie greifen damit auf, was in zahlreichen Erklärungen von Politikern und Pressevertretern vorbereitet wurde.

Wachsamkeit vor dem Rückfall in Barbarei und einschläferndes Denken ist angesagt:
Bertolt Brecht, zu Presse und anderen Medien:

*„Wer die Wahrheit nicht weiß,
der ist bloß ein Dummkopf.
Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt,
der ist ein Verbrecher.“*
(Aus: „Das Leben des Galilei“)

Aus einer Erklärung, die Mikis Theodorakis gegen einen Abgeordneten der „Goldenen Morgenröte“, der den Holocaust leugnete, veröffentlicht am 12. Juni 2013 in der griechischen Tageszeitung Ta Nea veröffentlichte, und auch in Deutschland von mehreren Tageszeitungen verbreitet:

*„In Dachau und in Auschwitz wurden nicht nur die Juden ermordet. Der Mensch an sich wurde ermordet. Und seitdem stehen wir alle, die wir überlebt haben, in einer Schuld.
Das ist es, was mich so unerbittlich und entschieden gegen jeden vorgehen lässt, der es wagt, diesen Alptraum durch irgendetwas rechtfertigen zu wollen. Diese Verbrecher von damals haben meinen Glauben an den Menschen getötet. Und keine Macht der Welt kann mich dazu bringen, das zu vergeben.
Hinzu kommt, dass wir Griechen doppelten Grund haben, die Gräueltaten der Nazis zu verdammern:
Erstens, weil sie unser Land total zerstört haben und Tausende Griechen getötet wurden. Der Verlust dieser Menschen – für uns eine offene Wunde.
Zweitens: Weil wir vorangehen müssen, wenn es darum geht, all jene Taten zu verurteilen, die einen Angriff auf die menschliche Würde und unser Geschichtsbewusstsein bedeuten. Ein Bewusstsein, auf das sich die höchsten Werte der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte gründen.“*

Der Nationalsozialismus lebt in veränderter Form weiter, und wir wissen bis heute nicht, oder ahnen allenfalls, ob und in welchem Maß die Bereitschaft, das bisher Äußerste an menschlicher Bestialität zu wiederholen oder sogar zu überbieten, fortbesteht – sowohl in Menschen, wie auch in den Verhältnissen, unter denen sie leiden. Warum?

Dazu Bertolt Brecht, ein Zitat aus dem Jahr 1935:

„Wir müssen die Wahrheit über die barbarischen Zustände in unserem Land sagen, dass das getan werden kann, was sie zum Verschwinden bringt, nämlich das, wodurch die Eigentumsverhältnisse geändert werden.

Wir müssen es ferner denen sagen, die unter den Eigentumsverhältnissen am meisten leiden, an ihrer Abänderung das meiste Interesse haben, den Arbeitenden und denen, die wir ihnen als Bundesgenossen (Verbündete) zuführen können (...) denn wir können die Wahrheit über barbarische Zustände nicht erforschen, ohne an die zu denken, welche darunter leiden.“

Unser Anliegen kann nur sein, und das nicht nur hier und heute:

All unser Denken und Handeln darauf auszurichten, dass sich Untaten wie die an Pavlos Fyssas nicht wieder ereignen –
im politisch und geschichtlichem Sinn: dass sich Auschwitz nicht wiederholen kann.

(Bitte um eine Schweigeminute)

Die selbst organisierte solidarische Struktur in Perama

Danach brechen wir ins Soziale Zentrum nach Perama auf. Perama ist ein benachbarter Stadtteil in Piräus am Hafen. Das Center ist eine selbst organisierte solidarische Struktur und existiert seit gut zwei Jahren. Babis vom Zentrum, der uns über die Situation in Perama informiert, führt aus, dass Solidarität ihre Stärke ist und dass diese Solidarität zum Sturz des Systems führen wird.

Die Lage in Perama ist aufgrund des Niedergangs der Werftindustrie, die dieses Viertel prägt, dramatisch. Die Arbeitslosenrate liegt bei ca. 90%. Es fehlt an allem, auch an Nahrungsmitteln. Das Center unterstützt im Moment ca. 100 Personen mit Lebensmitteln. Es gibt Familien, in denen in den letzten 2-3 Jahren niemand auch nur einen einzigen Tag Arbeit gehabt hat. Deshalb hat die Unterstützung auch genau an dieser Stelle angefangen, damit die Menschen überleben können. Aber bei der hohen Arbeitslosenrate ist klar, dass nur ein kleiner Anteil von Familien unterstützt werden kann. 95% der Mitglieder im Center sind selbst arbeitslos.

Durch illegale Stromverbindungen werden Menschen wieder ans Netz angeschlossen, denen der Strom aufgrund von ausbleibenden Zahlungen gekappt wurde. Besonders wichtig ist das bei Kranken, die dadurch eine Erleichterung ihres harten Alltags erfahren. Auch die Wasserversorgung wird in ähnlichen Fällen illegal wiederhergestellt. Aber es werden nicht nur Lebensmittel und Energie verteilt, sondern politische und soziale Themen bewegt. Streikmaßnahmen werden gemeinsam begleitet und aktiv unterstützt. Es werden politische Werte vermittelt und die Aktiven im Zentrum berichten, dass sie sich durch ihre Tätigkeit im Zentrum selbst entwickeln.

Perama ist stark von den Werften und der guten Beschäftigungsstruktur dort geprägt gewesen. Bis 2008 gab es ca. 9.000 bis 10.000 direkt Beschäftigte, bis zu 25.000 Arbeitsplätze existierten insgesamt, wenn man die Zulieferbetriebe mitzählt. Nach 2008 gab es immerhin noch 5.000 Arbeitsplätze, bis der Kollaps durch die Wirtschaftspolitik der Regierung eintrat. Durch die Arbeitslosigkeit leben heute viele Menschen in Perama im Elend, es gibt keine sozialen Auffangnetz, daher ist ein menschenwürdiges Leben nicht mehr möglich. Es sei nicht übertrieben, wenn man sage, es gehe um Leben und Tod!!!!





Heute werden in den Werften auf Abruf bis zu 500 Arbeitnehmer benötigt, die als Tagelöhner ihr Leben fristen. Die sozialen Strukturen sind völlig zusammengebrochen, so dass der alltägliche Kampf sich darum dreht, die wichtigsten Bedürfnisse der Menschen zu decken.

Leider haben die Faschisten auch in Perama die Situation nutzen können, der Anteil ihrer Anhänger wird auf ca. 11% geschätzt. Es ist daher die Pflicht der Bevölkerung in Perama den Widerstand gegen den Faschismus aufzubauen und erfolgreich zum Ziel zu führen. Es ist wichtig ihr klarzumachen, dass die Opfer gestern die Immigranten waren, heute ist es der Grieche Pavlos Fyssas und morgen sind es die eigenen Kinder. Daher ist die Aufklärungsarbeit ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen die Faschisten.

Das Center in Perama plant eine Volksküche aufzubauen, benötigt dringend Unterstützung. Peinlich ist es unseren Gästen uns um Hilfe zu bitten. Als Manfred und Andi 1.200 Euro als direkte Unterstützung überreichen ist dies eine mehr als willkommene Unterstützung für ihre Solidararbeit.

Gemeinsam gehen wir anschließend auf das vom Center organisierte Nachbarschaftsfest, auf dem den Besucher/innen nicht nur Musik, etwas zu essen und zu trinken geboten wird sondern auch Vorträge über Veränderungen z.B. im Bildungswesen erläutert werden und ein Aufruf gestartet wird, nicht mehr benötigte Arzneimittel abzugeben, damit diese in der Sozialklinik verwendet werden können.

Alex verliest auf dem Fest eine Solierklärung der Antifaschistischen Linken Berlin ALB, in dem die Verbindung zwischen dem Mord an Pavlos Fyssas und dem Mord an Silvio Meier, begangen von Neonazis in Berlin 1992, gezogen wird.

Gegen 21.00 Uhr fahren wir zurück nach Exarchia. Die Köpfe sind voll, die Eindrücke müssen erst mal sacken. Die heutigen Erlebnisse drängen das schaurige Ergebnis der Bundestagswahl weit in den Hintergrund.



Doris



solidarity4all

Montag
23. September 2013

Christos holte uns um zehn Uhr ab und wir gingen zum Büro von „solidarity4all“. Gestern waren wir ja bei einer Solidaritätsstruktur in Piraeus-Perama, heute sozusagen im Vernetzungszentrum. Außer Christos sprachen mit uns noch zwei MitarbeiterInnen des Büros. Gleichzeitig arbeiteten in dem Büro noch vier oder fünf andere junge Leute.

Letztes Jahr war ja dieses Netzwerk erst im Aufbau und es gab in Athen lediglich ein selbstorganisiertes Gesundheitszentrum, heute gibt es in Athen zehn und im ganzen Land ca. 300 solcher lokalen Zentren, die sich um Gesundheitsversorgung, um Lebensmittelverteilung bis zu juristischer und schulischer Hilfe kümmern. Die Hilfe umfasst alle, also auch Ausländer und Flüchtlinge, wohingegen kirchliche Einrichtungen sich nicht um MigrantInnen, und staatliche Stellen sich nicht um Ausländer kümmern.

Während die einzelnen Basiszentren sich um konkrete Hilfe an ihrem Ort kümmern, organisiert das Büro in Athen internationale Solidarität, aber auch nationale Kampagnen. Z.B. die Olivenölkampagne, wobei Olivenöl bei Produzenten eingesammelt und an Arbeitslose verteilt wurde; oder die Kampagne „Bildung für alle“, wobei Schulmaterial gesammelt und verteilt wurde und gleichzeitig auf den Kampf der LehrerInnen gegen Entlassungen und die Sparpolitik im Bildungssektor aufmerksam gemacht wurde; oder auch die Kampagne gegen Wohnungszwangsversteigerungen.

Das Büro begreift sich ausdrücklich nicht als Koordinations-Zentrale, sondern mehr als Dienstleister für die einzelnen lokalen Zentren in Form von Know How beim Aufbau neuer Strukturen oder mit spezifischer Hilfe in Fragen, bei denen die lokalen Gruppen überfordert sind wie psychotherapeutischer oder juristischer Hilfe z.B. Es gibt allerdings in letzter Zeit mehr ein Bedürfnis der einzelnen Zentren nach Koordination, was vor einem Jahr noch anders war, als das Misstrauen gegen zentrale Strukturen überwog. Mittlerweile gibt es zwei Koordinationsstellen, eine für Gesundheitszentren und eine für Lebensmittelmärkte.

Ziel des Büros ist die Vernetzung mit Basisstrukturen, die nicht Teil des alten korrupten Systems sind wie kirchliche und staatliche Einrichtungen. Solidarity4all heißt bewusst „für alle“. Dabei wollen sie, wie wir auch gestern schon erfahren, die Leute einerseits praktisch einbinden in die Arbeit, also nicht nur Almosen verteilen, andererseits politisieren, d.h. sie treten dezidiert auch politisch auf.



Manche Kommunen wollen das kopieren, sie haben ein Budget, aus dem sie Hilfsmittel finanzieren können; aber die Leute müssen ihre Berechtigung mit Steuerbescheiden nachweisen, die viele aufgrund von Schulden nicht haben, oder sie können niemand bezahlen, der ihnen eine Steuererklärung macht.

Landesweit gibt es 25 Solidaritätsstrukturen, wie sie es nennen, die sich mit dem Aufkauf von Lebensmitteln bei Produzenten beschäftigen und diese auf Märkten verkaufen. Laut einer Statistik vom Mai haben schon 32% aller Griechen einmal auf so einem Markt gekauft. Manche Produzenten geben noch was extra dazu, Käufer können mehr kaufen und einen Teil abgeben für Menschen ohne Geld. Es ist ihnen klar, dass sie weder eine alternative Ökonomie aufbauen noch einen Ersatz für das zusammengebrochene staatliche Gesundheitswesen schaffen können. Sie sehen ihre Arbeit quasi als praktizierte Forderung nach einem anderen System. So haben z.B. zu den Gesundheitszentren alle Menschen Zugang, ob mit oder ohne Versicherung, was im regulären System nicht garantiert ist. Aber die Forderung danach liegt durch die Arbeit der Zentren als Forderung an die nächste Regierung auf dem Tisch.

Drei gewerkschaftliche Arbeiterzentren (so was wie DGB-Ortsvereine), darunter die in Livadia und Saloniki, arbeiten als Solidaritätsstrukturen, ansonsten haben die Gewerkschaften keine Solidaritätsstrukturen.

Die Solidaritätszentren haben keinen legalen Status im Sinne von staatlicher Lizenzierung. Manche Kommunen akzeptieren sie, manche nicht, dort werden sie trotzdem durchgesetzt. Uns gaben sie als Aufgabe im Ausland zu vermitteln, dass die Diskussion nicht nur um „faule“ oder „arme Griechen“ geht, sondern dass sehr viele Menschen aktiv im Widerstand organisiert sind.

Die Finanzierung des Büros erfolgt über die Sozialkasse von SYRIZA, die aus den 20%-Abgaben der Parlamentsabgeordneten auf ihre Diäten finanziert wird. Einen Teil dieses Geldes sowie das Geld vom Ausland, das gespendet wird, leiten sie an die örtlichen Strukturen weiter. Sie betonten, dass die Spenden vom Ausland ausreichen, um etwa 450 Familien ein Jahr über Wasser zu halten. Entscheidend seien aber die Aktivitäten vor Ort. Z.B. würden durch die Arbeit eines Zentrums in einer kleineren Stadt durch die Aktivitäten der Leute alleine 400 Familien unterstützt. Das bekräftigt, dass die entscheidende Kraft die Leute selbst sind, die sich beteiligen.

Zu dem Konflikt in dem Gesundheitszentrum in Saloniki berichteten sie, dass der Konflikt von einer Gruppe aus Deutschland hineingetragen worden sei, die Kritik daran geübt habe, dass in dem Zentrum SYRIZA-Leute mitarbeiteten, die doch Reformisten seien. Dieser Konflikt sei aber in einem gemeinsamen Gespräch ausgeräumt worden.

Mein Eindruck: Da ist in dem einen Jahr was entstanden, was Hand und Fuß hat. Letztes Jahr waren es noch Hoffnungen. Wenn man sich auch über die immer noch relativ kleine Dimension nicht täuschen darf, existiert heute etwas Praktisches, sehr Unterstützenswertes.

Manfred

Korrektur zu dem Bericht über den Besuch bei „solidarity4all“. Dort hatte ich geschrieben, dass es heute zehn „Solidaritätsstrukturen“ (Solidaritätszentren) in Athen gebe. Richtig ist, dass es heute in Athen viel mehr gibt, davon alleine im Gesundheitsbereich zehn. Das ist ein ziemlicher Unterschied.

Besuch bei ERT



Gegen 16.45 Uhr treffen wir beim durch die Regierung geschlossenen Sender ERT ein. Gisela und Reinhard waren im Juni bereits in Athen und haben die Schließung von ERT miterlebt und sich mit Tausenden von Demonstrant/innen im ERT Gebäude aufgehalten. Sie haben für uns den Kontakt zum Sender hergestellt.

Wir werden sehr freundlich empfangen. Panayiotis Kalfayannis, President Federation of Greek Broadcasting Unions PROSPERT, bemerkt einleitend, dass die Demokratie in Griechenland entwickelt wurde. Er sagt, dass die Älteren von ihnen sich noch gut an die Diktatur in den 60/70ern erinnern können und die Parallelen zur heutigen Situation erkennen. Nach seiner Einschätzung ging es Griechenland in der Diktatur besser als heute. Es gab Strom und Wasser für alle, es wurden Schulen gebaut. In der heutigen Diktatur werden Schulen und Krankenhäuser geschlossen, wird der Sozialstaat abgeschafft. Kultur und Bildung bekommen keinen ausreichenden Stellenwert mehr. Es ist keine Freiheit und keine Demokratie mehr existent. Griechenlands Gesellschaft hat sich zur Zwei-Klassen Gesellschaft entwickelt, die die Erfolge der faschistischen goldenen Morgenröte begünstigt hat.



Der Sender ERT wurde am 11. Juni ohne Vorwarnung in einem Akt von großer Machtdemonstration durch die Regierung geschlossen. Seither wird der Sender besetzt. Mit Professionalität und Empathie wird die Arbeit seither in der besetzten Struktur fortgeführt. Er führt weiter aus, dass seine Kolleg/innen und er noch immer an die Solidarität der Völker glauben und dass die Völker Demokratie und Freiheit wollen. Diese Aussage können wir ausdrücklich unterstreichen.

Die ERT Beschäftigten arbeiten nun schon seit 100 Tagen ohne Bezahlung. Sie leben von den monatlich anteilig ausgezahlten Abfindungszahlungen, die nur schwer zum Leben reichen.

ERT hatte am Tag der Schließung 2.650 Beschäftigte, es gab drei innergriechische und einen internationalen Sender, sieben griechische und 19 Radiosender entlang der griechischen Grenzen mit 34 Netzverteilerstationen. Darüber hinaus gab es drei Orchester und seit 1938 eine Zeitschrift. Panayiotis sagt, dass nicht einmal Hitler es geschafft habe, ihre Arbeit zu beenden.

Die Regierung schuldet seinen Mitarbeiter/innen bereits seit acht Monaten Gehälter in einer Größenordnung von 30.000 Arbeitstagen; bereits seit zwei Jahren werden keine Urlaube mehr bewilligt und auch das Urlaubsgeld nicht mehr gezahlt. Darüber hinaus wurden die Gehälter um 50% gekürzt. Dabei ist ERT der einzige Sender in Griechenland, der stets Gewinne erwirtschaftet hat. Durch die Rundfunkgebühr in Höhe von 4,00 Euro pro Haushalt wurden monatlich 30 bis 35 Mio. Euro eingenommen. Allein in den letzten zwei Jahren hatte ERT sieben verschiedene Direktoren, verbunden war damit auch jeweils die Auswechslung des gesamten Direktoriums. Durch die staatlich ausgeübte Zensur durfte nicht mehr über die im Land eingezogene Armut und die damit verbundenen Folgen, wie psychische Auswirkungen und Selbstmorde berichtet werden.

Derzeit arbeiten bei ERT 300 bis 400 Personen Tag und Nacht, weitere ehemalige Beschäftigte kommen sporadisch in den Sender zum Arbeiten, einige der älteren Mitarbeiter/



innen haben ihre Rente eingereicht, aber es gibt auch ehemalige Beschäftigte, die es nicht aushalten können in den Sender zu kommen und die Zerstörung ihrer Zukunft ansehen zu müssen. Heute, in der besetzten Struktur von ERT, werden alle Entscheidungen durch Versammlungen getroffen. Alle sind gleichberechtigt.

Am kommenden Freitag, also am 27. September, gibt es vor dem Verfassungsgericht eine Verhandlung, in der über die Rechtmäßigkeit der Schließung des Senders entschieden werden soll. Es ist nicht abschätzbar, wie das Gericht urteilen wird; die Möglichkeit, dass das Gericht der Regierung die Rechtmäßigkeit ihres Handelns bestätigt, ist möglich.

Die ERT Mitarbeiter/innen sind darauf vorbereitet, dass die Polizei in diesem Fall gewaltsam räumen wird. Sollte dies geschehen, so wird es eine Liveübertragung ins Web geben, um der Welt unmittelbar die Stürmung durch die Uniformierten zu informieren. Es gibt auch ein gutes Netzwerk von Unterstützer/innen, die gegen eine evtl. Räumung durch die Polizei vorgehen werden. Unsere Gastgeber versichern uns, dass sie sich nicht auf das Recht verlassen sondern auf die Kraft der Solidarität.

Nach der Info- und Diskussionsrunde gibt es das Angebot ein kurzes Interview in einer Livesendung zu geben. Gisela und Reinhard werden dazu eingeladen, da sie bereits im Juni nach der zwangsweisen Schließung des Senders vor Ort waren. Wir anderen gehen in die Cafeteria, um uns das Interview dort auf den Monitoren anzusehen. Wir verteilen unsere Flugblätter an die anwesenden ERT Beschäftigten. Nach dem Interview werden wir in die anstehende Vollversammlung eingeladen. Rolf hält dort eine Solidaritätsrede, die bei den Anwesenden gut ankommt. Wir werden spontan zu einem Konzert am Abend vor dem ERT Gebäude eingeladen und wären gern bleiben, wenn wir nicht schon anderweitig verabredet gewesen wären.

Zum Schluss kommt eine Journalistin auf mich zu, die mir ihre umfangreichen Recherchen zu den psychischen Auswirkungen der Krise in Griechenland zeigen und erläutern möchte. Leider reicht die Zeit nicht aus, so dass ich sie bitten muss, den Kontakt zu uns aufzunehmen, damit wir uns über das Thema austauschen können.

Wir haben die Beschäftigten im Sender trotz der angespannten Situation als hoch motiviert erlebt. Die Stimmung ist gut, es wird viel miteinander geredet und diskutiert und – wie es in einem besetzten Sender nicht verwunderlich ist – wird überall viel geraucht.

Zum Abschluss unseres Besuchs bei ERT gelangen wir in eine äußerst schräge Situation. Dieses bemerkenswerte Ereignis wollen wir nicht verschweigen. Wir benötigen drei Taxis und begehen den Fehler, zwei vor dem Sender stehende Verkehrspolizisten nach der Richtung zu unserem Ziel zu fragen. Sie lassen es sich nicht nehmen, uns zum einen über die Straße zu geleiten und ganz in der Manier von „Dein Freund und Helfer“ mit ordentlicher Machtdemonstration kraft Uniform und Trillerpfeife Taxis für uns heranzuwinken. Einer der Taxifahrer beweist Charakter, schaltet sein Freizeichen aus und fährt weiter, hält aber nach wenigen Metern. Nun schlägt die Stunde der Uniformierten, die es sich nicht nehmen lassen, ausführlich die Lizenz des Fahrers zu kontrollieren. Wir fühlen uns schon hochgradig unwohl ob der Aktion der Bullen. Als dann einer der beiden mir zuruft, dass das Taxi nun für uns zur Verfügung stünde, wünschen wir uns, dass sich vor uns der Abgrund auftäte und uns unsichtbar machte. Wir besteigen zu viert mit einem beklemmenden Gefühl das Taxi und reden sofort mit dem Fahrer, der zum Glück gut Englisch spricht und bei dem wir uns für dieses ungehörige Vorkommnis entschuldigen und ihm die Situation erklären. Uns ist das Vorgekommene unsagbar unangenehm und wir sind über das gute anschließende Gespräch mit dem Fahrer froh. Zum Abschluss wünschen wir uns gegenseitig viel Glück.

Doris

Gespräch mit Damon und Manolis Glezos

Nach dem ereignisreichen Besuch beim besetzten Fernsehsender ERT folgten wir am Abend der Einladung von Damon zu sich nach Hause. Damon kennen wir als einen der treuesten Begleiter unseres ersten Besuches in Griechenland. Er war einladend und freundlich wie immer, obwohl er sich um seine Kranke Frau sorgte. Er wollte sie noch am selben Abend im Krankenhaus besuchen.

Dennoch hat er uns überschwänglich begrüßt und eingeladen mit ihm zu diskutieren. Er lobte vor allem unsere Unabhängigkeit von den Gewerkschaftsstrukturen, denen er zutiefst misstraut. Besonders den offiziellen griechischen Gewerkschaften und den etablierten Parteien warf er vor Klientelpolitik zu betreiben, nur ihre eigenen Partikularinteressen zu vertreten. Deshalb erwartet er von ihnen auch nicht, dass sie die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend verändern wollen. Er hat seinen Standpunkt dazu in Büchern und vielen Schriften geäußert. Er hat auch keine (große) Hoffnung auf SYRIZA, die er für eine neue sozialdemokratische Partei hält. Sie würde, wenn sie an die Macht käme, das alte Zwei-Parteien-System fortführen – als neue PASOK.

Mit dieser Einschätzung hat er Differenzen zu seinem Nationalratskollegen Manolis Glezos, der an dem SYRIZA-Projekt festhält. Manolis wohnt in der unmittelbaren Nachbarschaft und kam herüber, um mit uns zu diskutieren. Mit seinen 91 Jahren machte er einen sehr lebendigen Eindruck und forderte uns auf, nicht nur ihn zu befragen, sondern er stellte auch uns Fragen. Diese eindrucksvolle Persönlichkeit hatten wir bereits bei unserem letzten Besuch vor einem Jahr in Keseriani, am Denkmal für von den Nazis ermordete Widerstands-



Damon im September 2012

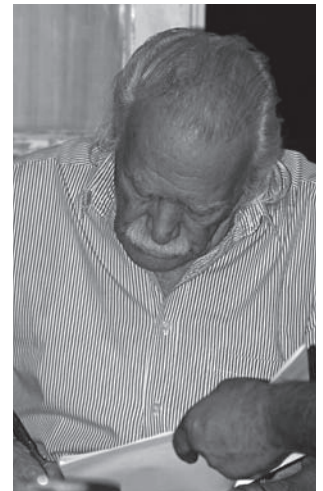


kämpfer, kennen gelernt. In Griechenland wurde er zu einem Symbol des antifaschistischen Widerstands gegen die Besetzung des Landes durch die deutsche Wehrmacht. Zusammen mit einem Genossen gelang es ihm 1941 die Hakenkreuzfahne von der Akropolis zu holen. Über die damalige Zeit erzählte er uns: Gegen Ende der Besetzungszeit sei er inhaftiert worden. Er war zusammen mit „normalen/gewöhnlichen“ Kriminellen untergebracht. Während seiner Haftzeit gab es zwei Erlasse. Zunächst gab es das Angebot, das alle bis zu drei Jahren Verurteilte freigelassen werden sollten, wenn sie bereit wären zu kollaborieren und die Naziuniform anzuziehen. Später wurde dieses Angebot auch auf die lebenslanglich Verurteilten ausgedehnt. Wie sollte er sich verhalten? Diese Frage leitete er an uns weiter. „Seiner Überzeugung treu zu bleiben“ war eine Antwort aus unserem Kreis. Manolis bestätigte diese Haltung. Er selbst habe versucht die „kriminellen“ Mitgefangenen zu überzeugen, sich der Widerstandsbewegung anzuschließen und nicht zu kollaborieren. Das sei ihm auch bei einigen gelungen.

Auf die Faschisten der Goldenen Morgenröte angesprochen, führte er dessen Wahlerfolge auf das Versagen der alten Systemparteien zurück. Die Wähler wollten sie mit ihrer Stimmabgabe bestrafen. Die Goldene Morgenröte spielte das Flüchtlingsproblem aus. Die Wähler, die an deren Ideologie glaubten, wären allerdings eine Minderheit, sie machten 0,7% der Bevölkerung aus. Der Faschismus in Griechenland sei kein neues Phänomen. Auch während der deutschen Besetzungszeit gab es eine Organisation von griechischen Verrätern, die mit der faschistischen Besatzungsarmee zusammenarbeiteten. Ihr propagiertes Selbstverständnis: nationalsozialistisch, patriotisch, griechisch. Während der Besetzung wurde das Bürogebäude dieser faschistischen Organisation in die Luft gesprengt.

Auf die Frage nach seiner Haltung gegenüber der KKE reagierte Manolis mit einer unmissverständlichen Geste – aus seinem Gesichtsausdruck konnte man auch ohne Worte seine Kritik an der Kommunistischen Partei ablesen. Er selbst war jahrelang an führender Position im Zentralkomitee tätig gewesen und habe selbst an die Notwendigkeit der Parteidisziplin geglaubt, die es untersagte, Differenzen und Widersprüche öffentlich zu benennen. Ein Schlüsselerlebnis, das zum Bruch mit der KKE beitrug, war offensichtlich sein Besuch in der DDR 1955, von dem er uns berichtete. Als Vertreter des ZK der KKE sprach er gegenüber dem Genossen Walter Ulbricht auch die Reparationsforderungen an. Ulbricht war sprachlos – wie heutzutage Schäuble, merkte er ironisch an.

Die Bündelung der vielfältigen Linkskräfte in SYRIZA hält Manolis für einen Fortschritt. Die Feststellung, sie hätten dadurch bei den letzten Wahlen in Griechenland über 27 Prozent der Stimmen erreicht, verband er mit der Frage: Was ist aus den großen und stolzen Kommunistischen Parteien in Italien, Spanien und Frankreich geworden und was ist von der starken revolutionären Bewegung zu Zeiten Rosa Luxemburgs in Deutschland übrig geblieben?



Manolis Glezos

Auf dem letzten Parteitag von SYRIZA machte Manolis Glezos mit seiner Kritik an dem Parteivorsitzenden Tsipras Schlagzeilen. Er kritisierte dessen Pläne zur Schaffung einer einheitlichen Partei und zur Auflösung der einzelnen Bündnis-/Mitglieds-Organisationen innerhalb von SYRIZA. Auf die Programmatik seiner Gruppierung innerhalb von SYRIZA angesprochen, antwortete Manolis:

1. Sie seien der Meinung, dass die ideologischen Differenzen beiseite geschoben werden sollten zugunsten der praktischen Frage – wie können wir dem griechischen Volk helfen, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Nur durch die Pluralität sei es gelungen, verschiedene Strömungen der griechischen Linken zusammen zu führen. Waren es anfangs nur fünf Organisationen, die sich zu SYRIZA zusammengeschlossen hätten, gäbe es mittlerweile 18 Organisationen und Gruppierungen.
2. Sie würden an alle anderen Linkskräfte außerhalb von SYRIZA appellieren, gemeinsamen Kampf zu führen.
3. Es sei die Aufgabe der Partei, nicht selbst nach der Macht zu streben, sondern dem Volk zu helfen, die Macht in die eigenen Hände zu nehmen. Voraussetzung dafür sei, dass die innerparteilichen Standpunkte und Differenzen offen dargelegt werden, damit sich die Bevölkerung selbst eine Meinung bilden und Stellung beziehen kann.

Eine weitere Frage war, ob SYRIZA, sollte sie die nächste Regierung stellen, den Hoffnungen der Bevölkerung gerecht werden könne. Entwickle sich SYRIZA nicht zu einer Systempartei im Stile der PASOK. Manolis Antwort: Nein, niemals! Es sei denn, wir sähen ihn laut schreiend auf dem Dach, um dagegen zu protestieren, fügte er noch an.

Wir hätten sicherlich noch lange weiter diskutieren können. Aber unsere Kondition in den späten Abendstunden und der Wunsch von Damon bei seiner Frau im Krankenhaus zu übernachten, ließen dies nicht zu. Zum Abschied erhielt jede/r von uns noch ein von Manolis persönlich signiertes Buch über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht in Griechenland.

Hans/Andi

Demonstration der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes

Dienstag,
24. September 2013

Um kurz vor elf gingen wir mit Vassia zur Demonstration der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes. Diese hatten für heute zu einem allgemeinen Streik aufgerufen um insbesondere den Streik der LehrerInnen zu unterstützen, der diese Woche für Dienstag und Mittwoch ausgerufen wurde. Sie hatten letzte Woche auch schon zwei Tage gestreikt. Hintergrund sind die Abbaumaßnahmen im Bildungssektor: Entlassungen aller Hausmeister, Schulzusammenlegungen, höhere Klassenfrequenzen, längere Arbeitszeiten, massiver Stellenabbau, Versetzung frei werdender SekundarschullehrerInnen an die Grundschule usw. Im Öffentlichen Dienst insgesamt gibt es vergleichbare Maßnahmen, insbesondere die Versetzung Tausender KollegInnen in die sogenannte Reserve, in der sie für acht Monate 75% des Gehalts bekommen und danach entlassen werden, wenn sie keine neue Stelle gefunden haben.

Auf dem Platz der Auftaktkundgebung trafen die TeilnehmerInnen nach und nach ein. Obwohl offizieller Beginn 10.30 Uhr war, waren noch nicht allzu viele da. Aber es füllte sich allmählich.

Wir hatten unsere zwei Transparente dabei (auf Deutsch und auf Griechisch) sowie Flugblätter mit unserer Reiserklärung auf Griechisch und trafen auf reges Interesse. Offensichtlich



waren wir etwas Besonderes, denn während der Auftaktveranstaltung und auf der Demo wurden wir häufiger von Radio-, Fernseh- und Nachrichtenagentur-Teams interviewt. Warum sind wir hier? Was wollen wir? Usw.

Noch während der allgemeinen Sammlung auf einmal Polizeiautos mit Blaulicht und dahinter ein Demonstrationszug. Wer ist das denn?, frage ich völlig irritiert. Es ist die PAME, die Gewerkschaft der KKE, die in einem geschlossenen Block, Fahnen schwenkend und Parolen rufend, mitten durch die sich sammelnden KollegInnen marschiert. Weder sprechen die PAME-MarschiererInnen die anderen an noch umgekehrt. Letzte Woche noch waren mehrere KKE-Mitglieder von Mitgliedern der Goldenen Morgenröte krankenhaushausreif geschlagen worden, einen Tag später war ein Mitglied einer anderen linken Gruppe ermordet worden und nun diese geradezu provokative Demonstration der Trennung. Wir sehen uns wieder im KZ! Ein unglaublich gespenstischer Vorgang, bei dem mir halber schlecht wird. Die griechischen KollegInnen kümmern sich nicht weiter darum, sie kennen das. Der PAME-Zug mit etwa 1000 TeilnehmerInnen marschiert Richtung Syntagma, um eine eigene Kundgebung abzuhalten.

Danach kommt noch ein weiterer großer Demozug von den Finanzangestellten, die sich aber unserer Demo anschlossen. Die Auftaktkundgebung beginnt dann mit mehreren Rednern, denen aber nur wenige zuhören und die auch kaum Beifall bekommen. Es scheint nichts Neues oder Spannendes dabei zu sein.

Zum Schluss gehe ich auf die Tribüne und überbringe –unautorisiert! – die Grüße der GEW. Ich weise darauf hin, dass gerade in Berlin ein Lehrerstreik stattfindet für gleiche Bezahlung und dass in Deutschland die LehrerInnen seit Jahren mit Sparmaßnahmen im Bildungsbereich konfrontiert sind, so dass es eine gewisse Parallele gibt. Dann erzähle ich noch, dass wir am Sonntag an dem Ort waren, wo Pavlos Fyssas ermordet wurde und dass in Berlin vor einiger Zeit auch ein junger Mann von Neonazis ermordet worden war. Ich erwähne den NSU-Prozess, in dem es um eine Neonazi-Mördergruppe geht, die vom deutschen Geheimdienst geschützt und finanziert wurde. Danaei übersetzt offensichtlich so gut, dass ich am Schluss einigen Beifall bekomme.



Dann ging die Demo los über den Syntagma-Platz zum Infrastrukturministerium, das für die Entlassungen zuständig ist. Dort hat die Polizei eine riesige Sperre aufgebaut, um den Staat zu schützen. Insgesamt ist das Polizeiaufgebot, das nur gegen Ende sichtbar wird, aber relativ gering. Eine Abschlusskundgebung gibt es anscheinend nicht, irgendwann löst sich alles auf.

Die Demo wirkt recht groß, die Veranstalter schwanken zwischen 10 und 15 tausend, ich würde eher 5 bis 7 tausend sagen, aber egal. Von der Größe her war die Demo ordentlich, obwohl mir die Stimmung nicht so vorkam, dass die ausgegebene Parole „Sturz der Regierung!“ besonders bekräftigt wurde. Eher eine etwas fröhlichere Latschdemo.



Besuch bei ADEDY

Danach gehen wir mit Vassia und Nikos zum Gebäude von ADEDY, dem Dachverband für den Öffentlichen Dienst. Im Keller ist ein großer Konferenzraum, der ganz kalt ist, so dass wir allmählich ins Schlottern geraten. Es sind mehrere Vertreter der ADEDY gekommen aus dem Vorstand, die uns begrüßen. Der Vorsitzende hält eine völlig phrasengefüllte Rede ohne jeden Inhalt, meint, die Akropolis verbinde uns, und verschwindet dann. Dann atmen alle auf, und meinen, jetzt seien sie nur noch Linke – der Vorsitzende ist von der PASOK. Die nächsten gehen konkreter auf die aktuelle Situation ein, wobei sie die Folgen der Einsparungen und Entlassungen schildern. So erzählt ein Vertreter der Gewerkschaft für die Universitätsbeschäftigten, dass nach der Umsetzung der angekündigten Maßnahmen die Unis nicht mehr öffentlich und auch gar keine Unis mehr sein werden. So würden an der TU Athen, die weltweit einen sehr guten Standard hat, die Bedingungen durch Abbau von Laborangestellten etc. werden kaum noch einen akademischen Standard ermöglichen. Ein Vertreter der Krankenhäuser berichtet, dass 30% aller öffentlichen Krankenhäuser geschlossen werden, immer mehr Menschen keinen Zugang mehr zum Sozial- und Gesundheitswesen mehr haben. Auch hier gehen 1600 KollegInnen in die „Reserve“.

Sie meinen, dass sie innerhalb des Troika-Programms keine Chance haben. Sie plädieren für Streichung der griechischen Staatsschulden, Unterstützung des produktiven Sektors mit öffentlichen Investitionen und die Verstaatlichung der Banken. (Das sind auch die Forderungen von SYRIZA.)

Ein weiterer schildert die Pläne für die kommunalen Versorgungsbetriebe. Der deutsche Beauftragte für die Troika in Athen, ein Herr Fuchtel, von den Griechen „Herr Fuchtelos“ genannt, möchte diese Betriebe privatisieren, was weitere 6000 Beschäftigte in die „Reserve“ bringen würde. Außerdem würden dann die Dienstleistungen für die Bürger teurer. Herr Fuchtelos möchte, dass die Kommunen bei der Müllabfuhr z.B. deutsche Betriebe beauftragen, da die ja so viel Expertise in Recycling usw. hätten...

Andi bedankt sich und weist auf die Schwierigkeit hin in den deutschen Gewerkschaften über diese Situation aufzuklären, da die Führungen zwar sich verbal solidarisch zeigen,

aber praktisch die Troika-Politik unterstützen. Z.B. haben deren Abgeordnete im Bundestag dieser Politik zugestimmt.

Wir fragen nach, inwiefern sie die heutige Demonstration als einen Schritt zum Regierungssturz begreifen, da die Demo ja weder gewaltig noch besonders kämpferisch war (angesichts von 150 000 Staatsbeschäftigten in Athen sind 10 000 TeilnehmerInnen ja nicht so viel). Sie betonen, dass es ein Fortschritt sei, dass jetzt nicht mehr Partikularinteressen im Vordergrund stünden, sondern zunehmend die Einsicht Platz greife, dass man gemeinsam gegen die Regierungspolitik, insbesondere die bevorstehenden Entlassungen, kämpfen müsse. In der Vergangenheit hätte jede Berufsgruppe für sich gekämpft, wie z.B. in der Vergangenheit die Beschäftigten der Metro, der Fähren, die Lehrer. Es sei also ein Fortschritt, dass heute der Öffentliche Dienst gemeinsam gestreikt und demonstriert habe.



Insgesamt wird deutlich, dass es ihnen natürlich um die Entlassungen geht. Aber in ihren Berichten wird, anders als in den deutschen Medien dargestellt, wo vom „aufgeblähten Staatsapparat“ die Rede ist, deutlich, dass eben nicht einfach entlassen wird, sondern dass damit die öffentlich Infrastruktur, die öffentliche Versorgung zerschlagen wird. Letztes Jahr hatten wir angesichts der wirtschaftlichen Misere und der Lohnkürzungen davon gesprochen, dass Griechenland in die Dritte Welt gestoßen wird. Jetzt sehen wir, wie Dritte Welt-Zustände hergestellt werden, in denen es keine funktionierende staatliche Vorsorge, kein ausreichendes Bildungssystem, keine öffentliche Gesundheitsversorgung gibt. Auf Nachfrage sagen sie, dass der Dachverband für die Privatwirtschaft, GSEE, nicht zum Streik aufgerufen hat, weil dessen Führung zum Regierungsblock aus ND und PASOK gehöre. Sie hätten aber den Anspruch mit den betrieblichen Basisgewerkschaften zusammen zu arbeiten.

Ein Problem sei auch die PAME mit ihren isolierten Aktionen. Das sei ein großes Problem, weil es die Einheit schwäche. Sie kann nur ihre Mitglieder mobilisieren, das sind aber in einigen Bereichen des privaten Sektors nicht unerhebliche Teile. Sie versuchen auf die PAME-Mitglieder einzuwirken, dass sie sich am gemeinsamen Kampf beteiligen.

Als wir aus dem Keller wieder hochkommen, wärmen wir uns an der athenischen Sonne und an dem Essen, zu dem wir eingeladen werden.

Manfred



Treffen mit einer Antifa-Gruppe in Athen

Am Dienstagabend kam es im Rahmen unserer Solidaritätsreise auch zu einem Treffen mit einer unabhängigen Antifa-Gruppe. Dieses fand in einem kleinen Büro im Stadtteil Exarchia statt. Nach einer freundlichen Begrüßung und einer kleinen Vorstellungsrunde berichteten die Aktivist:innen von ihrer Arbeit. Sie gründeten sich vor zwei Jahren um antifaschistische und andere Demonstrationen vor Übergriffen der Polizei und Neonazis zu schützen. Ihnen war es wichtig in einem Klima von zahlreichen rassistischen Übergriffen eine Selbstschutzstruktur aufzubauen, welche einerseits linke und linksradikale öffentliche Aktionen schützt, aber auch aktiv gegen Neonazis vorgeht.

Politisch ist es ihnen wichtig unabhängig zu sein, sie würden sich am ehesten als „autonome Kommunisten“ beschreiben.

Es entwickelte sich eine spannende Diskussion um die „Extremistentheorie“, welche in Griechenland gerade sehr breit geführt wird. Demnach soll es in Griechenland zwei „extreme“ Kräfte geben, auf der einen Seite die nationalsozialistische „Goldene Morgenröte“ und auf der anderen Seite die linksradikale SYRIZA. Dabei beklagten sich die Antifas, dass von SYRIZA oft nur Lippenbekenntnisse gegen Neonazis kommen würden, da sie in der Öffentlichkeit befürchten weiter als „linksextrem“ angesehen zu werden. Aus der Analyse der Antifa ist es aber schwierig den Faschismus aus einer demokratischen Sichtweise zu kritisieren, wenn dabei vergessen wird, dass es kapitalistische Bedingungen sind, in denen er entsteht.

Für sie ist es wichtig ihre antifaschistische Arbeit immer auch mit ihrem antikapitalistischen Selbstverständnis zu führen und sich nicht auf Antifa zu beschränken. Sie versuchen mit verschiedenen anarchistischen und antiautoritären Gruppen zusammen zu arbeiten um den Widerstand gegen die Neonazis zu verbreitern.

Interessiert waren sie über das Verhältnis zwischen unabhängigen Antifagruppen und der Linkspartei in Deutschland, wobei wir dann gemeinsam feststellten, dass es ein ähnliches Verhältnis bei uns gibt wie hier zur SYRIZA.

Wir tauschten uns dann noch über die Entwicklung der „Goldenen Morgenröte“ in Athen aus, über die Verstrickungen der Neonazis ins kriminelle Milieu und beendeten dann den Abend in einer gemütlichen Runde und einem persönlichen Austausch.

Carsten

Die Zeitung der Redakteure

Ein paar Tische, ein paar Stühle in einem sonst kahlen Raum im Stadtzentrum von Athen und der unbeugsame Wille, das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Das war alles, was wir damals vorfanden, als wir ziemlich skeptisch den Leuten zuhörten, die bei der früheren „Elephterotypia“ beschäftigt waren und nun ihre eigene Zeitung machen wollten. Das war vor einem Jahr. Umso erfreuter sind wir über das Bild, das sich uns heute, im September 2013, bietet: Ein emsiges, für Aussenstehende kaum überschaubares Treiben herrscht in den gleichen Räumlichkeiten, die beim ersten Besuch noch wie ausgestorben wirkten. Ein Bildschirmarbeitsplatz reiht sich an den andern, die Menschen, die konzentriert daran arbeiten, schauen auf, wenn sie sich von uns beobachtet fühlen, und grüßen freundlich. Man spürt sogleich das angenehme Klima, das sie bei ihrer Arbeit beflügelt.

Neben dem Eingang liegt ein Stapel der heutigen Ausgabe. „Η Εφημερίδα“ (DIE ZEITUNG) steht in grossen, schwarzen Lettern und darunter etwas kleiner in Rot „των Συντακτών“ (DER REDAKTEURE), links davon drei spitze, rote Federn. Das ist der Kopf dieser Zeitung, die seit November des letzten Jahres in einer Auflage von 10'000 Exemplaren – 15'000 die Wochenendausgabe – gedruckt wird und an allen Kiosken für 1.30 Euro zu haben ist. Jede Ausgabe der „Zeitung der Redakteure“ umfasst 56 Seiten, die von zur Zeit insgesamt 120 Personen hergestellt werden. „Wir zahlen den gewerkschaftlichen Mindestlohn“, sagt Babis, der uns auch vor einem Jahr das Projekt vorgestellt hatte. Für die jungen Leute gehe das gut, für die Älteren mit Familie sei es schon etwas hart. Immerhin werden die Löhne ausgezahlt, was ist in Griechenland keine Selbstverständlichkeit mehr ist, und zwar ebenso pünktlich wie auch die Sozialversicherungsbeiträge und die Steuern abgeliefert werden. Der Regierung soll kein Vorwand geboten werden, um gegen die unbequeme Zeitung vorgehen zu kennen. Dass das kleine, unabhängige Blatt in einer Medienlandschaft, die von den wirtschaftlich Mächtigen beherrscht wird, nicht allen gefällt, versteht sich von selbst. „Wir sind völlig unabhängig und das ist das Wichtigste“, erklärt Babis nicht ohne Stolz.



Die wichtigsten Artikel sind auch im Internet abrufbar (www.efsyn.gr). Geplant sind einzelne Übersetzungen in andere europäische Sprachen. So könnte die „Zeitung der Redakteure“ zu einem europäischen Projekt werden. Zu diesem Zweck sollen in einigen Monaten neue Anteilscheine zu 1000 Euro gezeichnet werden – vor einem Jahr hatten auch wir uns aus den gesammelten Spendengeldern mit einem Anteilschein beteiligt. 51 Prozent werden stets von den Redakteuren und den anderen Mitarbeitenden gehalten, damit die Zeitung auch tatsächlich in den Händen derer bleibt, die sie herstellen. Die „Zeitung der Redakteure“ ist ein selbstverwalteter Betrieb, ohne Chefredaktion und klare Hierarchie. Der Inhalt der Zeitung wird gemeinsam entschieden. „In der ersten Zeit dauerten die Redaktionssitzungen bis morgens um vier Uhr“, erzählt Babis, „jetzt sind wir jeweils um Mitternacht zu Ende.“

Bisher von der internationalen Öffentlichkeit noch kaum wahrgenommen, hat die „Zeitung der Redakteure“ – genau gleich wie VIO.ME in Thessaloniki (www.viome.org) – eine große Symbolkraft und ist nicht nur für die Betroffenen eine echte Alternative zu Arbeitslosigkeit und sozialem Absturz. Die beiden Betriebe in ganz unterschiedlichen Bereichen zeigen, dass es nicht zu Ende ist, wenn die alten Besitzer nicht mehr kennen. Es kommt auch darauf an, wie jene, die dort arbeiten, sich dazu stellen – und vor allem, ob noch ganz viele andere ihrem Beispiel folgen.

Rainer

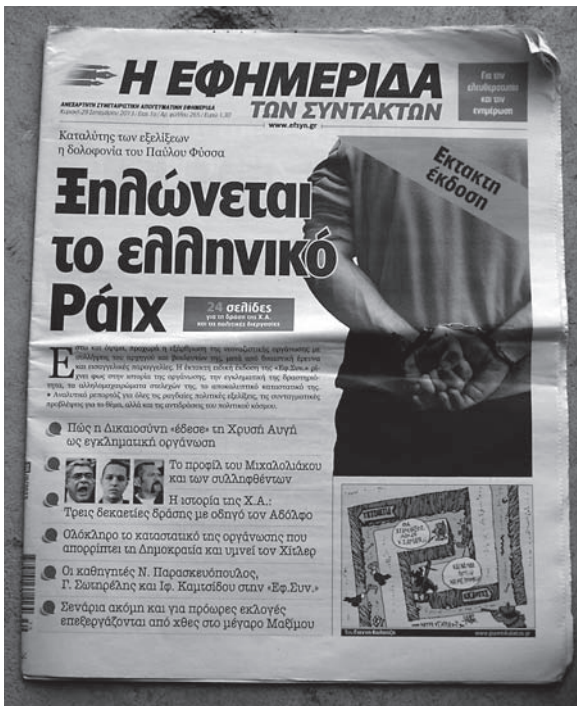


Interview mit Yannis, Journalist in der Zeitung der Redakteure

Mittwoch,
25. September 2013

Um elf kommt Yannis ins Hotel um mit mir ein Interview zu machen. Er ist Redakteur und war letztes Jahr da, als wir den Besuch bei ihnen in den noch unfertigen Räumen machten. Er will mich als „Miteigentümer“ interviewen, da ich offizieller Zeichner des Anteilscheins bin, den wir letztes Jahr quasi als Spende gekauft haben. Nach dem Interview stelle ich ihm auch ein paar Fragen und er erzählt mir noch recht viel über ihr Projekt.

Yannis hat wie einige andere auch noch einen (journalistischen) Zweitjob. Das kann er, weil er alleine lebt, früh aufsteht und außerdem auch mal von seinem Schreibtisch in der Redaktion aus arbeiten kann. Die ersten Monate arbeiteten alle ohne Gehalt, erst ab Februar bekommen sie den (gewerkschaftlichen) Mindestlohn von 1000€ für die Sechstageswoche Sonntag bis Freitag.



Frage: Warum gingst du zu dieser Zeitung?

Yannis: Ich war von Anfang an dabei. Ich arbeitete für die größte griechische Fernsehstation, sechs Jahre lang. Ich sah das als Chance in der Wirtschaftskrise in einem unabhängigen Team mitzuarbeiten und eine Stimme unter den Stimmen der anderen KollegInnen zu sein. Wir arbeiten selbstständig ohne Chef über uns.

Frage: Wenn du zurückblickst auf das vergangene Jahr, sind deine Hoffnungen in Erfüllung gegangen?

Yannis: Zuerst hatte ich natürlich Angst, dass wir scheitern würden. Uns kannte ja keiner, wir mussten erstmal wahrgenommen werden und es hätte sein können, dass uns das Geld ausgeht. Aber mittlerweile haben wir ein gutes Echo, wir sind bekannt und verkaufen mehr und mehr, zur Zeit sind wir bei 8-9000 täglich verkaufter Auflage. Es sieht so aus, dass wir unser ursprüngliches Ziel erreichen können: 10.000 tägliche Auflage, am Wochenende 15.000. Damit können wir überleben. Was die inhaltliche Entwicklung der Zeitung angeht, so haben wir uns den Ruf erworben, unabhängige Fakten zu liefern. Wohl deswegen ist unsere Auflage in diesem Sommer überraschend gestiegen, weil wir sehr viel über die Entlassungen beim Fernsehen, in den Schulen, Krankenhäusern berichtet haben, das

sind wichtige Fakten. Die Leute lesen uns, weil sie uns als unabhängige Stimme wahrnehmen. Normalerweise verlieren im Sommer alle Zeitungen an Auflage. In den letzten zwei Wochen stieg unsere Auflage sogar auf 11.000, was wahrscheinlich mit der Entlassungswelle und den faschistischen Übergriffen zusammen hängt.

Frage: Wie steht ihr im Vergleich zu anderen Zeitungen da, z.B. zur „Kathimerini“, der „FAZ Griechenlands“?

Yannis: „Kathimerini“, kommt auf ca. 6.000, sie gehört einem Reeder. Wir sind auflagenmäßig die viertgrößte Zeitung. Die größte ist „Ta Nea“ mit 25 000, sie gehört einem Medienunternehmer, früher war es mal eine PASOK-Zeitung, jetzt regierungsnah. Andere Zeitungen gehören etwa großen Baufirmen, die sie benutzen um an Regierungsaufträge zu gelangen.

Frage: Ist der Preis von 1,30 € ein Hindernis? Die Leute sind ja ärmer geworden in der Krise.

Yannis: 1,30 € (Wochenende 2 €) ist ein Fixpreis, alle verkaufen für den Preis, es ist der Marktpreis.

Frage: Bist du mit der Zeitung als Leser zufrieden?

Yannis: Wir werden jeden Tag besser, wir haben ja alle neu angefangen und mussten viele Sachen erst lernen. Aber wir verbessern uns jeden Tag und unser Niveau ist schon gut und wird noch höher besser werden. Wir sind dabei zu lernen, wie man eine Firma betreibt. „It's a work in progress“.

Frage: Interessieren sich die Leute für euer Projekt und ob es funktionieren kann?

Yannis: Die Leute fragen jeden Tag, wie's geht und wie unsere Zukunft aussieht. Ich glaube, sie freuen sich über unsere Entwicklung.

Frage: Wie würdest du die Arbeitsatmosphäre beschreiben?

Yannis: Ich kann natürlich nicht mit einer anderen Zeitung vergleichen. Beim Fernsehen arbeitete ich mit 5-10 Leuten zusammen, hier mit viel mehr, eigentlich mit allen, wir kennen uns alle. Die Atmosphäre ist irgendwie freundlich, keiner ist höher oder niedriger gestellt, wir sehen uns alle als gleich an. Es ist nicht nur ein Gefühl, sondern Wirklichkeit. Unsere Art zu entscheiden ist vermittels von Versammlungen von Teams bis zur ganzen Mannschaft. Alle sind gleichgestellt. Der „Herausgeber“ ist von uns gewählt, er macht seine Arbeit gut. Es gibt keine Notwendigkeit einen anderen zu wählen.

Jeder bekommt dasselbe, 1000€ im Moment, egal welchen Job er macht.

Frage: Würdest du die Zeitung als links bezeichnen.

Yannis: Ja, auf jeden Fall. Wir haben zwei Schwerpunkte: Flüchtlingsfrage/Rassismus/Faschismus einerseits und Rechte der Beschäftigten andererseits. Deshalb sind wir links und werden so auch wahrgenommen. Die „Goldene Morgenröte“ attackiert uns in ihrem Organ als „Kommunisten“, die „rote Propaganda“ machten. Aber es gab bisher noch keine physischen Angriffe und wird es hoffentlich auch nicht geben.

Die SYRIZA-Zeitung „Avghi“ übernimmt öfters Artikel von uns.

Frage: Hast du eine Botschaft an die LeserInnen unseres Tagebuchs?

Yannis: Wir haben eine europäische Krise. Wenn ein Land krank ist, steckt es die anderen an. Die griechische Politik wird hauptsächlich von der deutschen Regierung bestimmt. Aber sie hilft überhaupt nicht. Sie hilft nur der wirtschaftlichen Elite. Ich glaube auch nicht, dass die deutsche öffentliche Meinung identisch ist mit der der deutschen Bevölkerung. Wir müssen gemeinsam versuchen diese Politik zu verändern.

Vielen Dank, Yannis.

Manfred

Praxis für Gesundheit, Soziales und Apotheke

Wir hatten gehört, dass heute am Vormittag ein großer Streik der Lehrer/innen und ÖD-Beschäftigten sein sollte, erleben bei unserer Ankunft vor der Uni allerdings, dass die dortigen Beschäftigten den Komplex besetzt haben und davor protestieren. Richtige Streik- bzw. Demoaktionen können wir nicht feststellen, außer dass die Jugendorganisation der KKE in einer größeren Gruppe anwesend ist und eine eigene antifaschistische Kundgebung abhält. So muss sie abends nicht an der großen Antifa-Demo gegen die Goldene Morgenröte teilnehmen.

Wir beschließen daher unser Programm zu ändern. Wahrscheinlich konzentrieren sich alle maßgeblichen Aktionen ohnehin auf die am Abend stattfindende Antifa-Demo. Kurzfristig bekommen wir das ok, eine soziale „Praxis für Gesundheit, Soziales und Apotheke“ zu besuchen.



Die Idee zur Eröffnung der Praxis entstand vor einem Jahr, weil plötzlich eine Vielzahl von Menschen ohne Krankenversicherung war. Die Initiator/innen nahmen zu verschiedenen Ärzten Kontakt auf und heute sind bis auf die Augenheilkunde alle Fachrichtungen vertreten.

Vor einem Jahr bestand die Hoffnung, nur kurzfristig die Versorgung auf diese Weise sicherstellen zu müssen, aber die Not wird täglich größer, so dass die Arbeit eher noch ausgebaut werden muss. Die Ärzte und das unterstützende nichtmedizinische Personal arbeiten unentgeltlich in der Praxis, in der Regel einmal wöchentlich für ca. 3 Stunden. Inzwischen sind auch Psychologen, Psychotherapeuten und Sozialarbeiter/innen vertreten.

Darüber hinaus konnte eine kleine Apotheke eröffnet werden, die sich vielfach aus Medikamentenspenden von Patient/innen und anderen Spenden gefüllt hat. Wenn ein benötigtes Medikament nicht vorhanden ist, wird im Verbund mit anderen Praxen und Apotheken versucht, das Medikament zu bekommen. Die Koordinationsarbeit, die einen sehr hohen Arbeitsaufwand erzeugt, wird hauptsächlich telefonisch geleistet. Neben der Arbeit in der Praxis werden monatlich im Schnitt 5 bis 6 Patient/innen an andere Praxen vermittelt, die sie dort unentgeltlich behandeln.

In der Anfangszeit kamen überwiegend Flüchtlinge zur Behandlung, inzwischen sind es fast nur noch Griechinnen und Griechen. Täglich werden zwischen 40 und 60 Patient/innen behandelt. Und obwohl es eine Kooperation mit 10 ZahnärztInnen gibt, reicht die Kapazität längst nicht mehr aus.

Die Arbeit wird überwiegend durch Gelder der „Initiative offene Stadt“ finanziert.

Wir fragen nach den psychischen Auswirkungen der Krise auf die Gesundheit der Leute und hören, dass Depressionen stark zunehmen. Es gibt Leute, die nicht mehr sprechen, die sich zu Hause einschließen, und Leute, die ihre Wohnungen morgens verlassen, um ihren Nachbarn vorzuspielen, dass sie noch Arbeit haben. Dabei irren sie stundenlang durch die Stadt, bevor sie wieder zurückkehren. Sie empfinden ihre Not als Scham. Auf unsere Frage, ob es Suizidfälle von PatientInnen der Praxis gab, wird uns gesagt, dass das bislang glücklicherweise noch nicht vorgekommen sei, dass es aber in Griechenland über 2.500 Suizidfälle gegeben hat.

Aufgrund guter Kontakte zu ÄrztInnen in den Krankenhäusern werden PatientInnen auch dort noch in kleiner Zahl sowohl ambulant als auch stationär aufgenommen. Es gibt aber auch Fälle, in denen nach der Behandlung eine Rechnung ausgestellt wird. Es gibt krasse Fälle von regelrechter Geiselhaft, wo nach der Entbindung die Frau aus der Klinik entlassen, eine Rechnung erstellt und das neugeborene Baby bis zur Bezahlung als Pfand oder besser Geisel im Krankenhaus behalten wurde. Das soziale Gefüge bricht immer mehr auseinander.

Unsere Gastgeberin, die in der Praxis koordinierende Arbeiten übernommen hat, ist eigentlich Lehrerin und hat in München studiert und dort gut 30 Jahre gelebt. Sie sagt, dass sie Ansätze von der Abkehr der staatlichen Gesundheitsversorgung auch in Deutschland festgestellt hat, angefangen bei der Praxisgebühr und dem Herausnehmen von Leistungen, die nur noch über private Abrechnung erbracht werden.

Wir fragen, ob neben der wichtigen medizinischen Versorgung auch politisch an der Änderung des Systems gearbeitet wird. Die Frage wird bejaht. Wir übergeben ihr 500 € aus unserem Spendentopf.

Doris



Antifa- Kundgebung und Demonstration

Am Abend des 25.9. gab es eine große Antifa-Kundgebung. Wir nahmen mit unseren Transparenten daran teil und konnten auch einen Redebeitrag halten. Die KKE nahm an der Demonstration nicht teil, verteilte aber Flugblätter. Wir fragten, warum sie nicht daran teilnahmen. Ein Jugendlicher antwortete, sie seien für den Arbeiteraufstand und dies sei nur eine antifaschistische Demonstration. Ein Teil von uns nahm an der anschließenden Demonstration teil.

Rede auf der antifaschistischen Kundgebung

Guten Abend,

wir danken Euch, dass wir als Gäste heute Abend einige Worte sprechen dürfen.

Wir sind eine Gruppe Deutscher und Schweizer, die als Basismitglieder aus dem gewerkschaftlichen Umfeld stammen, aber keine Funktionäre sind. Einige von uns arbeiten auch in politischen Organisationen als Ehrenamtliche.

Wir haben unsere Reise allein organisiert und finanziert, um frei von jeglichem Einfluss und Erwartungshaltungen zu sein.

Letzte Woche haben wir in Deutschland von dem schändlichen Mord an Pavlos Fyssas gehört. Sonntag waren wir am Tatort des schrecklichen Geschehens.

Später am Tag waren wir zu Gast in der Perama Sozialstation und konnten uns dort ein Bild über die erschreckenden Ausmaße der Spardiktate machen, die durch die Memoranden, allen voran durch die Politik von Frau Merkel und der Troika veranlasst wurden.

Wir sehen einen engen Zusammenhang zwischen den Spardiktaten und dem Anstieg der faschistischen Goldenen Morgenröte. Die Troika hat diese Verhältnisse maßgeblich gefördert und verantwortet und empört sich nun scheinheilig über die Auswirkungen. Auch in Deutschland haben wir Nazis und ihre Organisationen. Bestimmt habt Ihr alle vom Prozess gegen den NSU Terror gehört, durch den 11 Menschen getötet wurden, einer von ihnen war Grieche.

Auch in Deutschland gibt es V-Leute in diesen Nazi-Organisationen. Dabei fragen wir uns, ob die V-Leute ihre Arbeit machen oder ob sie von ihrer Überzeugung her nicht selbst den Rechten angehören.

Der Kampf gegen den Faschismus und die Sparpolitik gehört zusammen und er muss international geführt werden. Darum sind wir heute zusammen mit Euch hier.

Euer Kampf ist auch unser Kampf!

In Solidarität!



ZuhörerInnen der Kundgebung



Doris un Vassia besprechen den Text unserer Rede

Basisgewerkschaft Buch und Papier

Die anderen trafen sich mit Nikos von der Basisgewerkschaft „Buch und Papier“ in Athen.

Vorab beantwortete er Fragen zur Gruppe „Redlines“, zu der einige von uns am Vortag Kontakt hatten. Diese Gruppe entstand aus dem Bedürfnis, Demonstrationen vor Übergriffen zu schützen. Anspruch ist es über unterschiedliche Auffassungen hinweg zusammen zu arbeiten. In der Gruppe sind Leute mit anarchistischer Tradition und KKE-Vergangenheit vereint. Sie versuchen in der Antifa-Szene einen Bezug zur Arbeiterklasse herzustellen. Sie geben hierfür die „Arbeiterzeitung“ heraus. Sie haben einen etwas verklärenden Blick auf die Arbeiterklasse.

Die Gewerkschaft „Buch und Papier“ gehört zu den sogenannten „Basisgewerkschaften“. Anders als etwa in Italien bedeutet der Begriff in Griechenland nicht, dass eine andere Gewerkschaft aufgebaut werden soll. Als Basisgewerkschaften werden die Gewerkschaften verstanden, die die Beschäftigten einer Branche auf lokaler Ebene zusammenfassen. Die Basisgewerkschaften und die Betriebsgewerkschaften größerer Betriebe wählen Vertreter in die Arbeiterzentren, die den gewerkschaftlichen Dachverband auf regionaler Ebene darstellen. Die Arbeiterzentren wählen Vertreter für die nationale Leitung des Dachverbands GSEE.

Die Gewerkschaft nimmt auch an informellen Strukturen teil, in denen sich verschiedene kämpferische Basisgewerkschaften zusammenfinden, um ihre Aktivitäten unabhängig vom Dachverband GSEE zu koordinieren. In diesem Netzwerk sind Gewerkschaften vertreten, deren Politik von Vertretern aus SYRIZA oder der außerparlamentarischen Linken bestimmt wird. SYRIZA ist allerdings dabei, sich aus diesen Zusammenhängen zurückzuziehen, um eigene Strukturen auf der zweiten Ebene der gewerkschaftlichen Organisation aufzubauen.

Die Gewerkschaft „Buch und Papier“ organisiert die Beschäftigten von Buchhandlungen und Buchverlagen. In dieser Branche gibt es in Athen nach der Krise noch etwa 2000 Beschäftigte. Es gibt keine Hauptamtlichen und alle Beschlüsse werden auf Vollversammlungen beschlossen, zu denen bis zu 100 Menschen kommen. Die Gewerkschaft hat den Ruf besonders aktiv und kämpferisch zu sein. In der Vergangenheit war die Gewerkschaft sehr erfolgreich und konnte trotz der Vielzahl von Kleinbetrieben in der Branche einen guten Tarifvertrag erkämpfen. Entlassungen konnten durch Aktionen vor den Buchläden verhindert werden.

Jetzt haben sich die 20 größten Arbeitgeber der Branche zusammengeschlossen, um der Gewerkschaft ihren Status streitig zu machen. Sie wollen mit ihr keine Verhandlungen mehr führen, da sie eine extremistische Organisation sei und sich nicht sozialpartnerschaftlich

verhalte. Der Tarifvertrag wird nicht mehr anerkannt, Arbeitsverträge werden fast nur noch individuell mit Löhnen von etwa 400 Euro abgeschlossen. Es ist der Gewerkschaft danach auch nicht mehr gelungen, Entlassungen rückgängig zu machen. Viele Arbeitnehmer müssen mit Lohnrückständen von bis zu sechs Monaten leben. Sie geben dem Arbeitgeber somit einen Kredit, welchen Banken nicht mehr bereitstellen. Davon betroffen sind eine Million der 1,8 Millionen Beschäftigten im privaten Sektor.

Heute ist es schwer, Beschäftigte zu Streiks auszurufen. Es ist nicht nur die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, sie sehen in solchen Kämpfen auch keine Perspektive mehr, da es schon viele Streiks gab und keine Erfolge zu verzeichnen sind.

Ein Grund für die Schwäche ist auch die Spaltung der griechischen Arbeiterbewegung. Die KKE und ihre Organisation PAME beteiligen sich nicht oder nur sehr selten an gemeinsamen Aktionen. In der PAME sind aber sehr viele aktive und sehr kämpferische Menschen. Es sei daher schade, dass es keine gemeinsamen Aktionen gibt. Die Gewerkschaft „Buch und Papier“ hat die bei PAME für den Handel zuständige Sektion mehrmals zu einem gemeinsamen Vorgehen bezgl. der Ladenöffnungszeiten aufgerufen. Dies wurde bisher immer abgelehnt. Aber gerade diese Woche kam ein Schreiben von PAME mit einer Einladung zu Gesprächen. Er hofft, dass dies ein Umdenken bedeutet.

PAME versteht sich zwar als Bündnisorganisation, tatsächlich seien darin jedoch nur Leute der KKE vertreten. Sie sagen, ihre Bündnispartner entstünden in den kommenden Kämpfen. Wie weit es innerhalb der KKE und PAME Diskussionen über diese Taktik gibt, lässt sich von außen schwer feststellen. Er vermutet, dass es dies in der Mitgliedschaft eher nicht gibt. Der Einbruch bei den letzten Wahlen zeige jedoch, dass bei den Sympathisanten und Wählern diese Politik nicht unterstützt wird. Das Verhalten der KKE lässt sich aus der Geschichte erklären, durch die Verfolgung im Bürgerkrieg und während der Militärdiktatur. Ein enger Zusammenhalt und eine gewisse Abschottung sei für das Überleben notwendig gewesen. Dieses Verhalten werde allerdings bis heute beibehalten und wirke negativ. Die KKE-Jugend habe in der Vergangenheit sehr viele Jugendliche organisiert. Allerdings gebe es in der Organisation sehr konservative Wertvorstellungen, was viele Jugendliche schnell wieder abstoße. Das Lesen nicht „offizieller“ Literatur sei verpönt, selbst Rockmusik und lange Haare galten lange Zeit als suspekt.

Nikos meinte, dass Länder in der Krise drei Phasen durchlaufen: Wut – Resignation – Depression. Griechenland heute sei im Zustand der Depression. Im Folgenden drehte sich die Diskussion darum, inwieweit eine SYRIZA-Regierung in der Lage sei, diese Depression zu überwinden, und neue Kräfte freisetzen könne. Er sagte, dass er eine SYRIZA-Regierung begrüßen werde. Er fürchtet allerdings, dass die Zeit nicht ausreichen könnte, um Kräfte zu mobilisieren, die eine Entwicklung nach vorne bewirken könnten. In Griechenland wie in anderen Ländern seinen die Menschen gewohnt, ihre Angelegenheiten zu delegieren. Die Wahlerfolge von SYRIZA könnten z.T. auch so verstanden werden, dass die Menschen auch weiterhin ihre Angelegenheiten an parlamentarische Parteien delegieren wollen. Der Ausbau der eigenen Organisationsstrukturen hält mit dem Anwachsen der Wähler keinesfalls mit. Bei den Problemen, denen eine SYRIZA-Regierung notwendig gegenüberstehen wird, ist daher nicht unbedingt mit einer Verstärkung außerparlamentarischer Strukturen zu rechnen. Es kann auch zu einer „Bewegung der Kochtöpfe“ kommen, also Protesten, die von rechts vereinnahmt werden, wie in Chile unter der Regierung Allende.

Von unserer Seite wurde die Hoffnung geäußert, eine SYRIZA-Regierung könne auch international, vor allem in den ebenfalls verschuldeten Mittelmeerländern zu einer Verstärkung des Widerstands beitragen. Hierin sah auch Nikos die einzige Hoffnung.

Doris

Ausflug zur Aluminiumhütte, nach Distomo und Livadia

Donnerstag,
26. September 2013

Am Donnerstag verließen wir Athen. Ziel unserer Reise war das Arbeiterzentrum von Livadia, die zu seinem Einzugsbereich gehörende Aluminiumhütte und der Ort Distomo. Yannis Stathas, der auch Vorsitzender des Arbeiterzentrums ist, organisierte für uns einen Kleinbus, der uns am Hotel abholte.

Nach etwa zweistündiger Fahrt kamen wir in der Aluminiumhütte etwa 30 Kilometer von Livadia entfernt an. Wir wurden zuerst durch den Betrieb geleitet und uns wurde der Prozess der Aluminiumherstellung erklärt. Danach waren wir im Büro der Betriebsgewerkschaft. Anwesend waren der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft und sein Stellvertreter, weitere Mitglieder des Vorstands und ein Sekretär der Metallgewerkschaft.



Der Betrieb hat 1100 Beschäftigte und weitere 600 arbeiten in Subunternehmen. Die Aluminiumhütte ist damit einer der größten Industriebetriebe Griechenlands. Der Betriebsgewerkschaft gehören etwa 1000 Mitglieder an. Die Subunternehmen haben eigene Gewerkschaften, in denen etwa 50 Prozent der dort Beschäftigten organisiert sind. In der Hütte gibt es damit einen für griechische Verhältnisse außerordentlich hohen Organisationsgrad.

Als die Reisegruppe letztes Jahr das Werk besuchte, war die Hütte einer der wenigen Betriebe, in denen keine Lohninbußen hingenommen werden mussten. In der Zwischenzeit wurden jedoch Zulagen für gesundheitsschädliche Arbeit und Zeiten der Betriebszugehörigkeit gestrichen. Das macht Einbußen von sieben bis acht Prozent aus. Bei Neuanstellungen gab es Kürzungen von zwanzig Prozent. Neuen Kollegen wird ein Lohn von 820 Euro bezahlt, mit Zuschlägen ergibt das 930 bis etwas über 1000 Euro. Netto bleiben davon etwa 600 Euro. Das Werk bietet auch kostenlose Mietwohnungen an.

Lohnerhöhungen sind für drei Jahre gesetzlich ausgeschlossen; es sei denn, die Arbeitslosigkeit sinke vorher unter die Zehn-Prozent-Marke, was aber völlig unrealistisch ist. Yannis erklärte uns, dass in Griechenland die Löhne auf breiter Front gesenkt wurden, die Preise aber gleich geblieben sind. Energiepreise sind sogar gestiegen und griechische Produkte sind in

Deutschland teilweise billiger als in Griechenland. Insgesamt gebe es einen Kaufkraftverlust von vierzig Prozent.

Staat und Unternehmer versuchen in den Betrieben ein Klima der Angst und des Terrors zu erzeugen. Die Gewerkschaften versuchen, dem entgegenzuwirken. Sie haben diese Fälle dokumentiert. Bei Entlassungen haben die Betriebsgewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht. Im Aluminiumwerk gab es bisher keine Entlassungen. Die Arbeiter der Hütte hätten eine relativ gesicherte Stellung.

Der Vorstand der Betriebsgewerkschaft besteht aus elf Arbeitern. Gewählt wird über Listenwahlen. Früher hatte jede Partei eine eigene Liste, heute kandidieren Gruppen, die sich an Parteien orientieren. Eine an PASOK und ND orientierte Gruppe errang sechs Sitze, eine SYRIZA-nahe Gruppe drei Sitze. Weiterhin wurden ein Vertreter der PAME und ein unabhängiger Kandidat gewählt.

Die griechischen Kollegen wollten von uns wissen, wie das Griechenlandbild in Deutschland sei und was die deutschen Gewerkschaften zu diesem Problem machen. Wir mussten erklären, dass viele unserer KollegInnen der Regierungspropaganda glauben und hoffen, durch die Politik der deutschen Regierung von den Folgen der Krise verschont zu bleiben. Die Gewerkschaften kritisieren zwar die Politik der Troika, lassen den Worten aber keine Taten folgen. Wir sagten den Kollegen auch, dass in Hamburg parallel zu den Bundestagswahlen eine Volksbefragung zum Rückkauf der privatisierten Energieversorgung gewonnen wurde. Hierzu stellten die griechischen Kollegen fest, dass solche Privatisierungen in Griechenland jetzt umgesetzt werden sollen.

Bei Aufrufen zu Generalstreiks, auch zu dem gegen die Schließung der Rundfunk- und Fernsehgesellschaft ERT im Juni, sei die Streikbeteiligung hundert Prozent, die Tore seien dicht gemacht worden.





Distomo

Anschließend führen wir nach Distomo. Das ist der Heimatort von Yannis. Hier geschah am 10. Juni 1944 ein schreckliches Massaker der Waffen-SS an der Zivilbevölkerung. 218 Menschen wurden auf zum Teil bestialische Weise umgebracht. Auf einem Hügel vor dem Ort wurde ein Monument als Andenken an dieses Verbrechen errichtet. Auf einer Tafel sind die Namen aller Ermordeten mit ihrem Alter aufgelistet. Darunter auch etliche Kleinkinder, zum Teil erst wenige Monate alt. In einem gesonderten Raum sind die Totenschädel von vielen Ermordeten ausgestellt. Oft sind noch die Einschusslöcher zu erkennen. Diese Schädel machen das Ausmaß des Schreckens bewusst.

Am Monument schilderte uns eine Vertreterin der Gemeinde den Hergang des Verbrechens. Es schloss sich ein Gespräch über die Rolle Deutschlands bei der Aufarbeitung dieser Gräueltaten an. Bisher hat sich der deutsche Staat für diese Verbrechen noch nicht entschuldigt und lehnt die Zahlung von Entschädigungen ab. Allerdings geht es der Gemeinde vorrangig nicht um Geld, sondern um eine Anerkennung der Schuld. Die Gemeinde Distomo hat Kontakt zu einem Hamburger Arbeitskreis, der sich in Deutschland für Entschädigungszahlungen einsetzt. Ein Vertreter unserer Gruppe sagte, der deutsche Staat müsse seiner Verantwortung gerecht werden, und betonte unsere Absicht, auch über diesen Aspekt der deutsch-griechischen Beziehungen zu informieren.

Arbeiterzentrum Livadia

Danach führen wir nach Livadia und besuchten dort das Arbeiterzentrum. Arbeiterzentren sind ein Teil der Struktur des gewerkschaftlichen Dachverbandes GSEE, der die Beschäftigten des privaten Sektors organisiert. Es sind nur etwa zehn Prozent der Beschäftigten in Privatbetrieben gewerkschaftlich organisiert. Die Wirtschaftsstruktur Griechenlands ist vor allem durch Kleinbetriebe geprägt, in denen es einen sehr niedrigen Organisationsgrad gibt. Für Staatsangestellte gibt es einen eigenen Dachverband (ADEDY) mit einem Organisationsgrad von etwa 90 Prozent.

Die Arbeiterzentren vereinen die Branchengewerkschaften (Basisgewerkschaften) und Betriebsgewerkschaften eines Distrikts. Diese wählen Delegierte für das Arbeiterzentrum und

auf der Delegiertenversammlung wird der Vorstand gewählt. Yannis ist der Vorsitzende des Arbeiterzentrums. Die im Arbeiterzentrum zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben zusammen ca. 2.500 Mitglieder, das Aluminiumwerk hat also mit Abstand die meisten Mitglieder.

Sitz des Arbeiterzentrums ist ein einstöckiges Gebäude mit einem Sekretariat und mehreren Versammlungsräumen. Aufgabe der Arbeiterzentren ist die juristische Vertretung der Gewerkschaftsmitglieder, die Unterstützung der Basis- und Betriebsgewerkschaften bei ihren Konflikten und die Organisation von politischen Aktionen. Angesichts der mit der Sparpolitik einhergehenden Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung, hat das Arbeiterzentrum in Livadia allerdings sein Tätigkeitsfeld erweitert:

- Es hat einen „sozialen Supermarkt“ eingerichtet, in dem 50 bedürftige Familien kostenlos einen Teil ihrer Lebensmittel erhalten können. Die Lebensmittel werden individuell nach Terminabsprachen ausgegeben, da es für viele Menschen peinlich ist, auf solche Gaben angewiesen zu sein. Der „soziale Supermarkt“ ist im ersten Stock des Gebäudes des Arbeiterzentrums untergebracht.
- Neuerdings gibt es Kontakte zu einigen ÄrztInnen, die bereit sind, auch Menschen ohne Krankenversicherung zu behandeln. Sie werden vom Arbeiterzentrum an die Ärzte vermittelt. Das Arbeiterzentrum stellt den Ärzten für diese Patienten auch Medikamente zur Verfügung.
- Außerdem bietet das Zentrum eine Hausaufgabenbetreuung an. Diese ist in Griechenland besonders wichtig, da für die Prüfungen benötigtes Wissen oft nicht an Schulen unterrichtet wird. Diese Situation wird verschärft durch die jetzt beschlossenen Reformen an den Oberschulen, die zur Abschaffung vieler Fächer führen. Fünfzehn LehrerInnen betreuen 25 SchülerInnen in einem Raum des Arbeiterzentrums.



Nur die wichtigsten Grundnahrungsmittel können an Bedürftige verteilt werden

Das Arbeiterzentrum ist eigentlich gegen diese Form des „Ehrenamtes“. Es sollte aus ihrer Sicht nicht selbstverständlich sein, dass diese Angelegenheiten in dieser Form geregelt werden; dies sollte Aufgabe staatlicher Sozialpolitik sein. Sie wollen dafür kämpfen, diese Aufgaben (wieder) in die Hände des Staates zu geben. Bis dahin sind solche Projekte allerdings notwendig, um die Not zu lindern. In der Diskussion wurde gefragt, ob die individuelle Verteilung der Lebensmittel nicht dazu führt, die eigene Lage auch weiterhin individuell zu erfahren statt als gesellschaftlich verursacht. Yannis antwortete, die Absicht des Arbeiterzentrums sei es auf jeden Fall, die gesellschaftlichen Ursachen zu verdeutlichen und zu kollektiven Aktionen zu kommen. Die Empfänger der angebotenen Leistungen würden aufgefordert, an Protestaktionen teilzunehmen, was auch befolgt würde.

Anwesend war auch ein Team eines lokalen Fernsehsenders, das über unsere Anwesenheit berichtete und kurze Interviews machte.

Abschließend fragten wir Yannis nach einer Äußerung, die er während des Besuchs der griechischen Gruppe in Deutschland machte. Er prophezeite im Mai, die Regierung werde im Dezember stürzen. Auch heute hält er die Regierung für sehr instabil, ist sich seiner Sache aber nicht mehr so sicher. „Vielleicht kann es auch der Dezember 2014 sein“, sagte er scherzhaft. Durch den angekündigten Rücktritt der faschistischen Abgeordneten könne es aber zu Neuwahlen oder zu Nachwahlen in einigen Wahlkreisen kommen. Die Regierung

könne so auch sehr schnell an ihr Ende kommen. Gefragt wurde er, welche Möglichkeiten eine eventuelle SYRIZA-Regierung hätte, falls diese von innen und von außen unter Druck gerate. Er antwortete, sie würden auf jeden Fall die Basis mobilisieren.

Rainhard

Gespräch mit Panagiotis Lafazanis

(Sprecher der linken Plattform in SYRIZA)

Freitag,
27. September 2013,
in Athen

Gespräch mit dem Sprecher der Linken Plattform in SYRIZA, Panagiotis Lafazanis
Wir sind im Büro von SYRIZA, werden dort von Panagiotis Lafazanis empfangen. Er ist Parlamentsabgeordneter und Fraktionssprecher, ehemaliges Mitglied von Synaspismos und gehört in SYRIZA der „Plattform linke Strömung“ an. Wir einigen uns darauf Fragen zu stellen, die Panagiotis uns beantworten wird.
Daher wird dieser Tagebuchbericht in Interviewform geschrieben.

Frage: Vor einem Jahr hat Panagiotis in einem TV-Interview erklärt, dass seine Partei noch nicht bereit sei Regierungsverantwortung zu übernehmen. Es gab einen großen innerparteilichen und öffentlichen Aufschrei und Tsipras habe ihm widersprochen. Wie ist seine Sicht heute zu dieser Thematik?

Antwort: Es ist nicht so einfach zu sagen, ob eine Partei regierungsfähig ist. Bürgerliche Politiker und Parteien belügen die Bevölkerung regelmäßig und erklären ihre Regierungsfähigkeit. Nach den Wahlen aber steht ihre Politik in keinem Zusammenhang mit den Programmen, mit denen sie vor der Wahl geworben haben.

Die Situation in Griechenland ist sehr schwierig und so noch nie dagewesen. SYRIZA will keine Regierung, die die Situation verwaltet, sondern daran arbeiten große Veränderungen herbeizuführen. In dieser Situation ist es schwer zu sagen, dass bereits alle Pläne für die Regierungsarbeit fertig seien.

Eine Linksregierung hat einen Experiment-Charakter. Dies ist eine schwierige Herausforderung mit neuen Schwerpunkten im europäischen und internationalen Umfeld.

Es können keine Wunder versprochen werden, im Gegenteil muss das Volk auf einen Prozess vorbereitet werden, der schwierig ist und nicht sofort Auswirkungen zeigen wird. Die Auswirkungen können erst mittel- und langfristig sichtbar sein. SYRIZA ist bereit und bereitet sich kontinuierlich und konsequent weiter auf die Herausforderungen vor.

Aber so gut die Vorbereitungsarbeit auch sein mag, wird es immer Unvorhergesehenes geben. Genau diese Aussage hat er auch vor einem Jahr getroffen, aber es wurde nur der eine Satz seiner Rede isoliert und damit sinnverfälscht veröffentlicht.

Er bezieht sich auf die Aussage von General Clausewitz, die auch auf die aktuelle Lage zutreffend ist und der ausgeführt hat, dass auch der beste Plan für eine Schlacht ständig an die Realität anzupassen ist und die einzelnen Schritte anders als geplant ablaufen können.

Das Übernehmen von Verantwortung bedarf guter Planung, um jederzeit in der Lage zu sein, die erforderlichen Anpassungen vornehmen zu können.

Frage: Wir haben viele Gespräche mit Gewerkschaftern geführt und dabei erfahren, dass die Arbeiter/innen sich nicht trauen zu streiken. Würde sich das nach einem Wahlsieg von SYRIZA wieder ändern?

Antwort: Die Situation bezogen auf Arbeitskampfmaßnahmen ist insbesondere im privaten Sektor extrem schwierig. Die Leute haben Angst zu streiken, nicht nur, weil ihnen pro Streiktag das Gehalt gekürzt wird, sondern insbesondere aus Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes. Vor dem Hintergrund der exorbitant hohen Arbeitslosigkeit ist die Angst nicht verwunderlich. Kämpfe im privaten Sektor werden derzeit nur bei Entlassungen von Beschäftigten und bei Betriebsschließungen geführt. Die Beschäftigten sind gezwungen,

allen Forderungen ihrer Arbeitgeber nachzugeben, meist zu Bedingungen, die ohne Tarifverträge unendlich schlecht sind: extrem lange Arbeitszeiten, sklavenähnliche Bedingungen, Arbeiten zu Hungerlöhnen, die teilweise nur noch in Höhe eines Taschengeldes gezahlt werden. Die Tarifverträge wurden abgeschafft und es gibt im Grunde nicht einmal mehr individuelle Verträge. Es herrschen Konditionen nach Gutsherrenart.

Frage: Wir haben gehört, dass zum Beispiel im Hafen von Piräus qualifiziertes Personal als Tagelöhner eingesetzt wird.

Antwort: Die Arbeitsverhältnisse sind komplett zusammengebrochen.

Frage: Versprechungen, die Situation verbessern zu wollen, helfen der Bevölkerung nicht, sondern es wird eine hohe Erwartungshaltung an eine neue Regierung geben, wenn diese durch SYRIZA gestellt wird. Welche Sofortmaßnahmen sind geplant, die kurzfristig nach der Regierungsübernahme umgesetzt werden können?

Antwort: Das Sofortprogramm von SYRIZA sieht folgende Maßnahmen vor:

1. Anhebung des Mindestlohns auf das alte Niveau (vor Abschaffung der Tarifverträge) d.h. auf 750.-- € brutto/ 680.-- € netto von aktuell 540.-- € brutto/ 480.-- € netto.
2. Wiedereinführung legaler Arbeitsverhältnisse. Kampf gegen Schwarzarbeit, gegen illegale und ungesicherte Arbeit.
3. Wiedereinführung von Tarifverträgen und Tarifverhandlungen auf allen Ebenen (Dachverbände, Branchen- und betriebliche Ebenen).

Frage: Werden die Arbeitsbedingungen auf den Stand vor dem Umsetzen der Memoranden zurückgeführt?

Antwort: Das geht nicht sofort, aber eine schrittweise Zurückführung ist möglich. Die Voraussetzung dafür ist, den Wirtschaftsabschwung zu stoppen und in eine Phase der Erholung und des Aufschwungs überzuleiten.

Vor weitere Lohnsenkungen wird SYRIZA einen Riegel schieben. Es wird dafür Sorge getragen, dass es eine Gesundheitsfürsorge für alle in Griechenland Lebenden geben wird. Egal, ob Immigranten, Griechen, mit oder ohne Papiere, es sollen ein Anspruch, das Recht und der Zugang zur Gesundheitsfürsorge verankert werden.

Sichergestellt werden soll, dass alle Kinder in die Schule gehen können, dass alle Haushalte des Landes wieder mit Strom und Wasser versorgt werden.

Frage: Es gibt viele verwaiste Betriebe in Griechenland. Am Beispiel von VIO.ME haben wir gesehen, dass die Arbeiter/innen ihr Geschick selbst in die Hand genommen haben. Sind selbstverwaltete Betriebe ein Weg für die Zukunft?

Antwort: SYRIZA unterstützt solche Projekte. Politisch und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Wenn sie in der Regierungsverantwortung steht, wird sie solche Projekte noch stärken und sowohl juristisch als auch materiell unterstützen.

Eine SYRIZA-Regierung heißt nicht, dass Staat und Regierung kontrolliert werden, sondern es heißt, fortschrittliche Reformen einzuführen und umzusetzen. Um dazu in der Lage zu sein, bedarf es der Unterstützung der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung. Es bedarf auch geeigneter Hebel, den Staatsapparat zu kontrollieren. Beispielsweise muss die Polizei demokratisch ausgerichtet werden und ihrer Aufgabe zur Verbrechensbekämpfung nach der Strafgesetzgebung nachkommen.

Das bedeutet weitreichende Veränderungen im Polizeiapparat, denn wenn die Polizei so bliebe, wie sie jetzt ist, würde sie sich gegen eine linke Regierung wenden.

Auf dem letzten Parteitag wurde beschlossen, die Memoranden zu annullieren und die Troika des Landes zu verweisen. Das bedeutet, dass eine linke Regierung sofort in einem starken Konflikt/in einem Krieg steckt. Zum einen mit den inländischen Interessenvertretern, zum anderen mit den Institutionen auf europäischer Ebene.

Der springende Punkt liegt darin, dass die linke Regierung stark bleiben muss, sich nicht beugen darf, ihrer Verpflichtung zur Umsetzung ihres Programms nachkommt und dieses weiterführt. Eine linke Regierung wird und muss auf der Umsetzung ihres Programms beharren und auf europäischer Ebene nach und nach Veränderungen herbeiführen, zuerst voraussichtlich in den südeuropäischen Staaten. Oder aber, sie wird sich gezwungen sehen, aus der Währungsunion, evtl. sogar aus der EU auszutreten.

In Gesprächen mit Vertretern der deutschen Regierung hat Tsipras angekündigt, über die Memoranden verhandeln zu wollen. Die deutsche Seite hat sich hierzu bereit erklärt, besteht aber bis zur neuen Übereinkunft darauf, dass Griechenland die bestehenden Memoranden umsetzen muss. Auf die Frage, ob an der Umsetzung auch festgehalten werde, wenn die Verhandlungen lange dauerten oder keine Einigung erzielt werden könne, wurde ihm geantwortet, dass die Umsetzung fortgeführt werden müsse, da es hierzu entsprechende Vereinbarungen gebe.

Frage: Eine SYRIZA-Regierung würde sich als Experiment verstehen, daher stellt sich die Frage, ob Parallelen zur chilenischen Allende-Regierung hergestellt werden können und, wenn ja, welche Lehren aus dem chilenischen Experiment gezogen wurden. Gibt es beispielsweise Pläne, die Polizei und das Militär zu entmachten?

Antwort: Die Linke Plattform in SYRIZA hat am Jahrestag des Sturzes von Allende eine öffentliche Veranstaltung abgehalten. Exakt deshalb, weil das Experiment einer linken Regierung nicht ein gleiches Ende wie in Chile finden darf, kann sie keine großen Kompromisse eingehen, da das ansonsten bedeutete, dass sie keine linke Regierung ist.

Es ist klar, dass selbst die Umsetzung von Basiselementen nicht ohne Versuche der anderen Seite begleitet würden, die deren Umsetzung zu verhindern versuchten.

Allende, als gemäßigter Linker, reichte bereits, um auf der bürgerlichen Seite große Empörung auszulösen. Die Rückzieher seitens der Allende-Regierung von der geplanten Programmatik und deren Kompromisse gegenüber den Bürgerlichen führten zur chilenischen Tragödie.

Als Linksregierung muss sich SYRIZA von der Arbeiterklasse/der Bevölkerung stützen lassen, um die Auseinandersetzungen auf europäischer Ebene wagen zu können. Die Partei hat Strukturen in die Arbeiterklasse und die Bewegungen hinein, die notwendig zur Umsetzung ihres Programms sind. Es bedarf einer politischen Vorbereitung auf die großen und heftigen Auseinandersetzungen.

Frage: Industrielle/Bürgerliche haben die Bevölkerung Griechenlands um unvorstellbar viel Geld betrogen, indem sie es außer Landes transferiert und nicht versteuert haben. Im deutschen Grundgesetz gibt es den Artikel: „Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“. Gibt es Pläne, das vorenthaltene Vermögen des Staates zurückzuholen, ggf. Enteignungen vorzunehmen?

Antwort: In einer von den Banken in Auftrag gegebene Studie wurde die Regierung darüber informiert, dass ca. 25.000 natürliche Personen Beträge von über 100.000 Euro ins Ausland transferiert haben. Die Gesamtsumme beläuft sich nach der Studie auf 25 Mrd. Euro. Dabei umfasst diese Summe nur die nachweisbaren Transfers, die Größenordnung der schwarzen, der illegalen Ausfuhr von Geldern ist nicht bekannt. Die griechische Regierung wäre zur Überprüfung der Steuererklärungen verpflichtet gewesen, hat jedoch keinerlei Anstrengungen unternommen, Geld in die öffentlichen Kassen zu bringen.

In Griechenland gibt es tausende von sog. Offshore Firmen, die als Geldwäscher für Schwarzgeld arbeiten.

Als die Regierung mit viel Druck gezwungen wurde Untersuchungen vorzunehmen, wurden einige Firmen überprüft und selbst bei dieser laxen Kontrolle wurde der Staatshaushalt mit Einnahmen in Höhe von ca. 50 Mio. Euro belohnt. Bei ernsthaften Überprüfungen der Firmen ist es offensichtlich, dass sehr hohe Einnahmen in die Kassen des öffentlichen Haushalts fließen würden. Die Linke wird solche Überprüfungen vornehmen und Steuerflucht

verhindern. Daneben sollen die griechischen Reichtümer auf ihre Herkunft und Besteuerung betrachtet werden.

Frage: Nach unserer Einschätzung wird die deutsche Regierung alles daransetzen mit den bürgerlichen Kreisen in Griechenland zusammenzuarbeiten, um eine linke Regierung zu stürzen. Die deutsche Linke hat dem z.Zt. wenig entgegen zu setzen, es gibt wenige Mittel, die herrschende Klasse darin zu behindern. Es ist daher besonders wichtig, dass wir uns gemeinsam Gedanken machen, im Kontakt bleiben, um gemeinsam ein neues System aufzubauen. Die griechische Arbeiterklasse darf nicht isoliert werden.

Antwort: Es müssen gesamteuropäische Veränderungen angestrebt werden, da das jetzige Europa nicht im Sinne der Völker regiert wird, egal im Sinne welchen Volkes. SYRIZA macht sich keine Illusionen darüber, dass nur Griechenland in dieser Notlage verbleiben wird, sondern dass auch andere Völker stärker betroffen sein werden. Es ist daher unerlässlich mit den europäischen Linken eng zusammen zu arbeiten, die Beziehungen mit den entsprechenden Kräften in Europa zu intensivieren und angemessen auszubauen.

Frage: Wie kann eine linke Regierung zustande kommen, wenn Bündnispartner nötig sind und die KKE jetzt sagt, dass sie für ein Bündnis nicht zur Verfügung steht?

Antwort: Wenn SYRIZA bei den Wahlen die stärkste Kraft werden sollte, wird es schwierig, sie von der Regierungsbildung abzuhalten. Aber es gibt auch keine neue Regierung, wenn die KKE sie nicht unterstützen wird. Die Folgen wären Neuwahlen, bei denen kleine Parteien durch dieses Procedere zerrieben werden könnten.

SYRIZA hat in Umfragen jetzt schon einen hohen Vorsprung, wird aber in manipulierten Umfragen mit schlechten Werten dargestellt, da bürgerliche Kräfte einen Schneeballeffekt befürchten, SYRIZA noch stärker zu machen. Da das so ist, wird von der bürgerlichen Klasse alles unternommen, um SYRIZA zu diffamieren. Der Partei wird z.B. unterstellt Gewalt anzuwenden und terroristisch zu sein. Aktuell wird das schmutzige Spiel im Vergleich mit zwei Extremen betrieben, in dem auf der einen Seite die Faschisten der Goldenen Morgenröte und auf der anderen Seite SYRIZA gleich gestellt werden.

Möglicherweise werden die Abgeordneten der faschistischen goldenen Morgenröte geschlossen aus dem Parlament zurücktreten, SYRIZA würde dann Neuwahlen fordern.

Da in 15 großen Wahlkreisen nachgewählt werden müsste, wäre dies quasi schon Neuwahlen gleichzusetzen.

Frage: Was ist wahr an den Gerüchten, SYRIZA könnte eine Koalition mit den Unabhängigen Griechen eingehen, da diese auch gegen die Troika und für den Austritt aus dem Euro sind?

Antwort: Ein Teil in SYRIZA könnte sich eine solche Koalition vorstellen. Dabei stellt sich eine derartige Koalition sehr schwierig dar, um auf einen gemeinsamen programmatischen Nenner zu gelangen. Die Wirtschaftspolitik der freien Griechen ist neoliberal, sie unterstützen amerikanische Interessen, sind nationalistisch und gegen Immigration. Das alles lässt den Schluss zu, dass ein gemeinsames Programm nur sehr schwer erarbeitet werden könnte.

Frage: Es gibt innerhalb SYRIZAs unterschiedliche Organisationen. Wie geht es mit diesen Organisationen weiter?

Antwort: Nach dem Parteitagbeschluss soll sich jede Organisation in SYRIZA in einer angemessenen Zeit auflösen. Wichtig ist es zu unterstreichen, dass sich alle Organisationen im gemeinsamen Verständnis von SYRIZA bewegen. Es wird daher keinerlei Druck geben, der auch gar nicht erforderlich ist. Der Beschluss lautet, dass sie sich in einem „angemessenen Zeitraum“ auflösen sollen. „Angemessen“ wurde aber nicht definiert.

Frage: Was wird geschehen, wenn bei Verhandlungen mit der Troika auf Griechenland ein Zwang wie auf Zypern ausgeübt würde? Gibt es einen Plan für den griechischen Staat bei Liquiditätsproblemen?

Antwort: Eine linke Regierung würde einen derartigen Druck durch die Troika nicht akzeptieren. Dies würde für Griechenland den Austritt aus der Eurozone bedeuten. Der Rückzug aus dem Euro wäre für Griechenland keine Tragödie, Griechenland könnte überleben.

Er persönlich sieht den Weg Griechenlands außerhalb der Eurozone, räumt aber ein, dass dies nicht die Mehrheitsmeinung in SYRIZA ist. Die linke Plattform vertritt die Auffassung, dass es keinen Weg aus der Krise innerhalb der Eurozone gebe.

Allerdings ist die einhellige Meinung in SYRIZA, dass bei offiziellem Druck und Drohungen, den Geldhahn zu verschließen und wenn die EZB den Liquiditätshahn an die griechischen Banken abdreht, Griechenland keine Wahl hat als aus der Eurozone auszusteigen.

Es gibt nur die zwei Optionen, nämlich 1. einen Rückzieher wie auf Zypern zu machen und alle Bedingungen der Troika zu akzeptieren oder 2. aus dem Euro auszusteigen.

SYRIZA hat sich für den zweiten Lösungsweg entschieden und würde sich nicht den Erpressungen beugen. Das bedeutet aber auch, dass eine solche Entscheidung viele Konsequenzen für Griechenland nach sich zieht, auf die es gilt, gut vorbereitet zu sein.

Der Euroraum ist so etwas wie ein Sicherheitsgefängnis, aus dem eine Flucht extrem schwierig ist.

Frage: In einem FAZ-Interview in der letzten Woche haben sechs griechische Mittelstands-Unternehmer Kritik an der Regierung und der Politik, an deren enger Verflechtung mit Großkonzernen geübt. Sie sind für einen Umbau des Staates. Kann das bedeuten, dass ein Bündnis mit solchen Unternehmern möglich sein wird?

Antwort: Die gemeinsame Basis mit den großen Unternehmern zu finden, kann nicht einfach sein. Sie sind spinnefeind mit der Linken sind und deren Perspektiven. Vielleicht ist es kurzfristig möglich, mit einem Teil der Wirtschaft zusammen zu arbeiten, aber die grundlegenden Ziele sind einfach gegensätzlich verschieden.

Im Programm von SYRIZA stehen sowohl die Vergesellschaftung der Banken als auch der Schlüsselindustrien. Gefordert wird ein Stopp von Privatisierungen. Die Kontrolle und Regelung der Wirtschaft stehen ebenfalls auf der Agenda. Es ist eindeutig zu sehen, dass das Kapital diese Veränderungen nicht einfach akzeptieren würde.

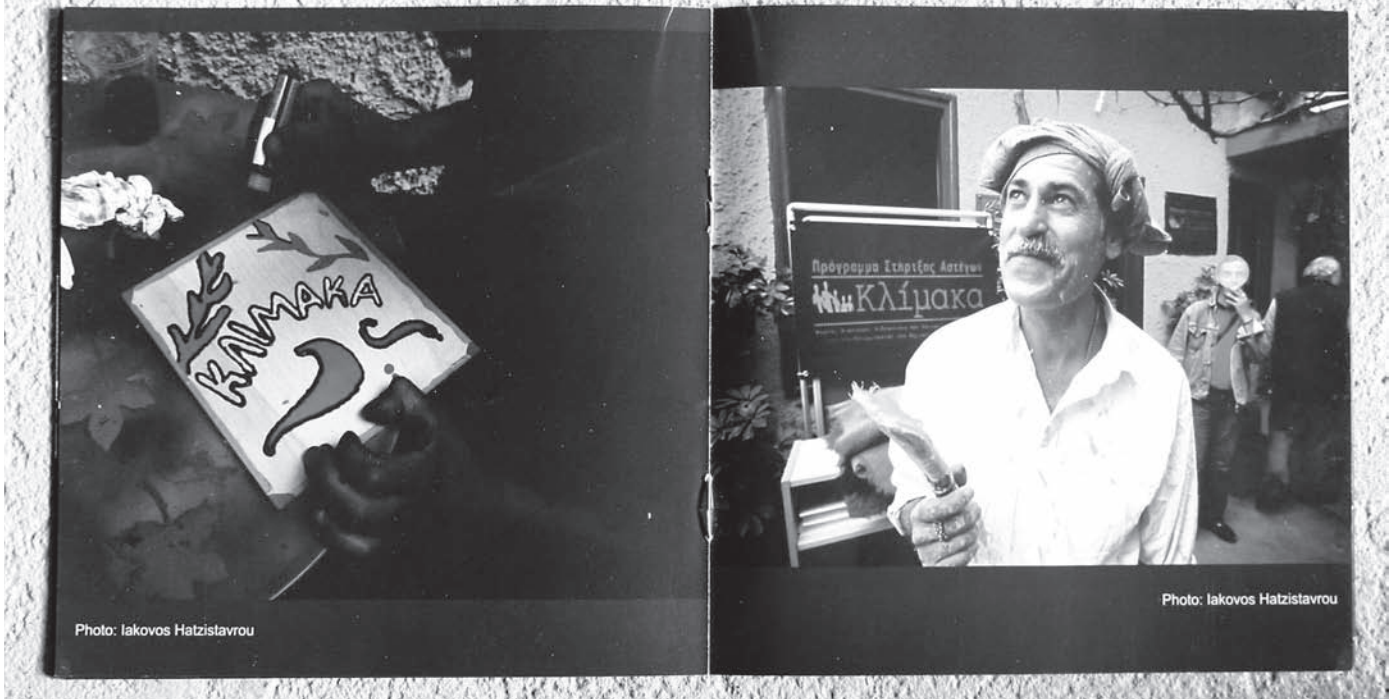
Die Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Unternehmen ist vorstellbar, aber selbst dort können sich die unterschiedlichen Vorstellungen schwierig gestalten. Eine objektive Basis besteht in der Zusammenarbeit der Arbeiterklasse mit kleinen landwirtschaftlichen und privaten Selbstständigen.

Wir bedanken uns herzlich für das Interview.

Doris

Besuch im Zentrum von obdachlosen Menschen KLIMAKA

Wir sind um 18.00 Uhr im Zentrum zur Unterstützung von obdachlosen Menschen KLIMAKA verabredet. Es ist eines von mehreren Zentren, die KLIMAKA betreibt. Jennifer hatte uns diesen Kontakt vermittelt. Manfred, Andi, Reinhard und ich fahren nach Keramikos im Westen der Stadt. In einer ruhigen Seitenstraße ist das bunt bemalte Haus gleich zu erkennen. Wir kommen in einen begrünten Innenhof, der als Café genutzt wird und in dem viele Leute sitzen, etwas trinken und sich unterhalten. Im kleinen Büro treffen wir Giorgos und Leo, beide aktiv bei KLIMAKA. Auf ihre Frage nach unserer Gruppe und unseren Aktivitäten berichten wir auch, dass wir den Ort besucht haben, an dem der antifaschistische Sänger



Informationsbroschüre von KLIMAKA

Pavlos Fyssas ermordet wurde. Giorgios erzählt, dass Pavlos ein guter Freund von ihm war. Für KLIMAKA hat er sich sehr engagiert, Konzerte gegeben, Nachbarschaftshilfe, Essen- und Kleidersammlungen organisiert. Sein Tod sei ein großer Schock und ein Riesenverlust. Wir versprechen, ihnen die antifaschistische Rede, die Rolf am Tatort gehalten hat, zu schicken.

Wir unterhalten uns auf Englisch, weil keiner unserer griechischen Freunde, die unermüdlich für uns gedolmetscht haben, Zeit hat. Leo spricht ausgezeichnet Englisch, weil er in England zur Schule gegangen ist. Er ist, wie viele, die in dieser solidarischen Struktur ohne Bezahlung arbeiten, selbst obdachlos. Giorgios hat, wie wir später erfahren, erst seit kurzem wieder Job und Wohnung. Sie organisieren das Büro oder arbeiten in der Küche.

Wir erfahren, dass Obdachlosigkeit nicht neu in Griechenland ist. Seit der Krise und der Spardiktate hat sich allerdings das Profil der Menschen, die auf der Straße leben müssen, total verändert. Während früher meist alkohol- oder drogenabhängige Menschen betroffen waren, sind es heute ganze Familien oder Einzelpersonen, die von einem Tag auf den anderen ihre Arbeit verloren haben und ohne Einkommen Essen und Wohnung nicht mehr bezahlen können. Diese neue soziale Gruppe hatte vorher einen guten oder akzeptablen Lebensstandard. Wenn hier von Obdachlosigkeit gesprochen wird, heißt das, keine Wohnung zu haben, auf der Straße oder in leerstehenden Häusern mit vielen Menschen zusammen in einem Raum schlafen zu müssen, ohne Strom und Wasser. Vor zwei Jahren hat KLIMAKA geschätzt, dass es 20.000 obdachlose Menschen in ganz Griechenland gab. Wie viele es heute sind, ist nicht bekannt. Erst vor anderthalb Jahren wurde Obdachlosigkeit als soziales Problem in Griechenland per Gesetz anerkannt, nicht jedoch die Obdachlosen selbst. Sie haben kein Recht auf irgendeine Form von Unterstützung, z.B. freie medizinische Behandlung. Erst vor drei Monaten haben sie mit 200 bis 300 Menschen, die auf der Straße leben, einen Marsch zum Parlament gemacht, um eine Erklärung an den Parlamentspräsidenten zu übergeben. Der Präsident hat die Erklärung entgegengenommen und offiziell anerkannt, dass es obdachlose Menschen gibt. Das war für sie ein großer Erfolg. Es gibt im Internet ein Video über die Aktion, in das wir kurz reinschauten.

KLIMAKA wurde vor 11 1/2 Jahren von einem Psychiater gemeinsam mit Freunden gegründet. Alle Aktivitäten werden ausschließlich durch Spenden finanziert. Das Zentrum organisiert Nahrung, Kleidung, Übernachtungsmöglichkeiten oder vermittelt an andere

Zentren oder Krankenhäuser. Sie warten nicht, bis obdachlose Menschen hierherkommen, sondern suchen sie in den Straßen auf und leisten ambulante erste Hilfe. Im Haus selbst gibt es neun feste Schlafplätze. Um länger hierbleiben zu können ist die Bedingung, keine ansteckende Krankheit und einen legalen Aufenthaltsstatus zu haben. Ansonsten ist KLIMAKA offen für alle, unabhängig von Religionszugehörigkeit oder Herkunft. Wer hier keinen Schlafplatz bekommen konnte, kann jeden Tag herkommen, Kaffee trinken, einen Snack essen, seine Wäsche waschen und anderweitige Hilfe bekommen. Zweimal pro Woche gibt es eine warme Mahlzeit. Das Zentrum hat täglich von 9.00 bis 21.00 Uhr geöffnet. KLIMAKA hat eine Firma gegründet, in der Obdachlose arbeiten können. Sie holen Papierabfälle z.B. von großen Unternehmen ab und verkaufen sie an Recyclingfirmen weiter. Das erwirtschaftete Geld wird unter den Beschäftigten geteilt. Wer dort arbeitet und hier im Haus wohnt und so etwas Geld sparen kann, schafft es nach einiger Zeit eventuell, wieder eine eigene Wohnung zu bezahlen.

Wir fragen, ob Menschen, die auf der Straße leben müssen, auch von Faschisten attackiert werden, wie bei uns. Das sei bis jetzt noch nicht der Fall. Sie schließen aber nicht aus, dass das noch passiert. Die Faschisten greifen vor allem MigrantInnen an oder versuchen in den Schulen junge Leute zu manipulieren. Viele Obdachlose haben aber, wie bei uns, Angst vor der Polizei. Die Griechen seien allerdings nicht so diszipliniert wie die Deutschen. Wenn sie von der Polizei vertrieben werden, kommen sie am nächsten Tag einfach wieder, sagt Leo und lacht.

Giorgios und Leo berichten weiter, dass MieterInnen, die ihre Wohnung nicht mehr bezahlen können, nach 90 Tagen rausgeworfen werden. Wenn man den Kredit für ein Haus mit erstem Wohnsitz nicht mehr zahlen kann, fliegt man nicht raus. Jeder zweite Wohnsitz, wie ein Sommerhaus, wird beschlagnahmt.

Obdachlose haben nichts, sollen aber Steuern zahlen, einfach weil sie existieren. Wer nicht mit Quittungen nachweisen kann, dass er 750 Euro im Jahr ausgegeben hat, muss 120 Euro im Jahr zahlen. Diese Schulden sammeln sich natürlich an und ab 1000 Euro Schulden kannst du mit Knast bestraft werden. Angewendet wird dieses Gesetz aber nicht. Vor dem 2. Memorandum gab es überhaupt keinen Knast, wenn man Schulden beim Staat hatte. Danach wurde die Grenze bei 50.000 Euro festgelegt und heute eben schon bei 1000 Euro. Für Schwarzfahren gibt es z.B. 80 Euro Strafe. Bei Nichtzahlen geht das Ganze irgendwann ans Finanzministerium und erhöht sich auf 600 Euro. Wenn dir das zweimal passiert, hast du die Grenze schon überschritten.

Wir fragen, ob es hier auch große Proteste bei Wohnungsräumungen gibt wie in Spanien. Das sei nicht gelungen. Es sei sehr schwer die Leute zusammenzubringen und zu organisieren.

Tommi kommt ins Büro und setzt sich zu uns. Er hat früher auf Mykonos in einem großen Restaurant als Koch gearbeitet. Das Restaurant musste schließen und er hat seinen Job verloren. Danach hat er ein Jahr in Krankenhäusern übernachtet. Er ist durch die Flure gestreift, hat sich in der Menge verloren, bis er irgendwo einen Platz zum Schlafen gefunden hat. Ernährt hat er sich in dieser Zeit aus Mülltonnen. Anfangs kam er als Tagesklient zu KLIMAKA. Jetzt hat er hier im Haus einen festen Schlafplatz und auch Arbeit.

Wir fragen, wie wir KLIMAKA unterstützen können. Jorge sagt, wir sollen alle Leuten in Deutschland darüber informieren, wie schlimm die Lage der Menschen in Griechenland ist. Wir versprechen, unser Bestes zu tun und verabschieden uns herzlich voneinander. Weil sie kein Bargeld annehmen, werden wir eine Spende von 500 Euro auf das Konto von KLIMAKA überweisen.

Gisela

Bericht und Diskussion über den Streik der LehrerInnen

Abends kamen noch Vassia und Nikos vorbei, das Lehrerehepaar, das trotz zwei Wochen Streik, Debatten und Versammlungen und sichtlichen Ermüdungserscheinungen uns noch über den vergangenen Lehrerstreik berichten wollte. Jennifer kam auch, die sich schon die ganze Woche uns als hervorragende Übersetzerin zur Verfügung gestellt hatte, sie hatte noch einen Gewerkschafter von der Buch und Papier mitgebracht, Dinos, der sich später dann noch in die allgemeinere Diskussion einbrachte. Es ist überhaupt auffallend, wie griechische KollegInnen mit uns sprechen wollen, alleine auf die Nachricht hin, dass wir da sind. Das kann ich mir für Deutschland zurzeit gar nicht vorstellen.

Die Gewerkschaft für die SekundarstufenlehrerInnen OLME (die GrundschullehrerInnen haben eine eigene Gewerkschaft) hatte direkt mit dem Schulbeginn am 17.9. zum Streik aufgerufen. Anlass waren die massiven Angriffe auf die Schulen und LehrerInnen, von der Entlassung aller Hausmeister, den Schulzusammenlegungen mit der Folge von freierwerdenden LehrerInnen, größeren Klassen, längeren Schulwegen, Versetzungen in die Grundschule und in die „Mobilitätsreserve“, d.h. in die Vorstufe der Entlassung. Die Parole bei Beginn des Streiks war gewesen, die herrschende Politik zu Fall zu bringen, praktisch also die Regierung zu stürzen.

Auf die Frage, ob ihr Kampf wie erwartet gelaufen sei, meinte Nikos, es wäre anders als erwartet gelaufen. Sie hatten erwartet, dass sie mit ihrem Streik sozusagen den Auftakt bilden würden und dass der Öffentliche Dienst insgesamt nachziehen und ihnen damit die Kraft geben würde länger durchzuhalten. Es habe auch tatsächlich einige Bereiche des ÖDs gegeben, die gestreikt und sie unterstützt hätten. Der entscheidende Moment war aber der ausgebliebene Streik der GrundschullehrerInnen. Obwohl die linken Kräfte alles versuchten, war die Gewerkschaftsführung dagegen. Die Leute der Regierungsparteien PASOK und ND, aber auch die der PAME waren dagegen. Da diese entscheidende Unterstützung ausblieb, wurde der Streik schwächer, obwohl anfänglich die Beteiligung bei 90% lag, was sehr hoch ist angesichts einer durchschnittlichen Streikbeteiligung von 7%. (Tatsächlich hatte sich die Gewerkschaft der GrundschullehrerInnen nur dazu durchringen können, zwei Tage lang, am Dienstag und Mittwoch dieser Woche, zu streiken.)



Vassia und Nikos auf der Streikdemonstration

Sie seien, so Nikos, sowieso in einer Phase, in der alle Branchengewerkschaften verstanden hätten, dass sie nichts mehr alleine erreichen könnten. Da nun aber weder die GrundschullehrerInnen noch der Öffentliche Dienst generell (der auch nur für zwei Tage in dieser Woche aufgerufen hatte) sich dem unbefristeten Streik anschlossen, war es auch nicht möglich die Politik gegen das Schulsystem und den ÖD zu Fall zu bringen. Obwohl sich viele Leute radikalisiert hätten, habe es an der Gewerkschaftsführung gelegen, dass diese Radikalisierung nicht ausgenutzt wurde. Die positive Stimmung zeigte sich bei der Demo am 17.9., bei der ca. 30 000 dabei waren, gewohnt ist man 3-4000.

Die Leute sind jetzt zwar enttäuscht, aber eine Niederlage war es nicht. Im Oktober gibt es neue Versammlungen und es ist ja klar, dass die Troika neue Verschlechterungen aufdrücken wird. Deren Vertreter sind gerade in Athen. Der Kampf geht weiter. Wichtig ist zu sehen, dass es nicht nur um das Recht auf Bildung geht, sondern insgesamt um das Recht auf öffentliche Güter allgemein. Dieser Kampf geht über die Lehrer hinaus und betrifft sehr viele Menschen. Die Frage ist, wie diese Betroffenheit in Aktionen umgesetzt werden kann. In der letzten Zeit war das Verhalten der GSEE total skandalös (GSEE ist der Dachverband der Privatindustriegewerkschaften): Er hat in den letzten zwei Wochen nicht einmal zur Unterstützung aufgerufen, er trägt die Sparpolitik mit, seine Führung ist in den Händen der Regierungsparteien. Allerdings sind überhaupt nur 15% der Beschäftigten in der Privatindustrie organisiert, dort herrscht Angst vor Arbeitslosigkeit. (Im ÖD sind 90% organisiert.) Aber auch in gut organisierten Bereichen wie Elektrizitätsversorgung, die halb öffentlich ist, sei nix passiert.

Die Regierung wendete bisher eine Salamtaktik an, erst die Unis, dann die Sekundarstufe, später kommen die Grundschulen dran. Jetzt, wo alle Bereiche angegriffen werden, hoffen sie auf einen gemeinsamen Kampf.

Die Rolle der PAME

Die PAME hat sich wie die Feuerwehr verhalten, d.h. sie hat die existierenden Funken wieder ausgelöscht. Sie unterstützt nichts, was sie nicht unter Kontrolle hat und was evtl. nur SYRIZA nützt. Tatsächlich benutzten die PASOK- und ND-Leute die PAME als Schild, hinter dem sie sich in ihrer Ablehnung verstecken können.

Was man den PAME-Leuten zwar nicht vorwerfen könne, sei, dass sie dann nicht beim Streik aktiv mitmachten. Sie seien keine Streikbrecher, machten auch bei praktischen Aktionen mit, aber auf den Vollversammlungen treten sie als Bremse auf in dem Moment, wenn die Leute steigern wollen. Und das sei oft fatal, weil gerade die PAME-Leute zu den besonders radikalen und aktiven Elementen in den Gewerkschaften und Betrieben zählten. Insofern hätten sie schon Gewicht, auch wenn sie nicht so zahlreich seien. Sie sind nur dann bereit einzusteigen, wenn sie die Führung innehaben, wenn die anderen ihre revolutionären politischen Ziele anerkennen. Faktisch aber bedeutet das, dass sie in ihrem praktischen Verhalten häufig die Politik der Regierung unterstützen, da sie den Kampf gegen deren Politik abbremsen und schwächen. Darüber gibt es innerhalb der KKE/PAME in letzter Zeit aber schon Diskussionen, da viele Mitglieder unzufrieden mit dieser Politik sind.

Ein Beispiel für die Bremser-Politik der PAME war die Vorgeschichte der großen Kundgebung am Dienstag. Es hatte zuvor eine telefonische Zusage des GSEE an die ADEDY gegeben, dass der GSEE auch zur Kundgebung und zum Streik am Dienstag aufrufen würde. Daraufhin hatte PAME protestiert, dass man das nicht machen könne, das müsse alles ordnungsgemäß laufen. Es wurde also für Montagnachmittag eine Sitzung einberufen, auf der entschieden werden sollte. Die Aktiven innerhalb von GSEE verzichteten dann auf eine Beschlussfassung, da ein Beschluss ja nichts mehr bringen würde, wenn er am Montag-



Demonstrationsblock der PAME: Gut organisiert aber abgeschottet von den anderen

abend so kurz vor der Kundgebung am Dienstag bekannt gemacht würde. Der Vorsitzende des GSEE konnte sich so bequem hinter der PAME verstecken.

PAME hatte vor einiger Zeit das Ziel, eigenständige Gewerkschaften aufzubauen, damit seien sie aber gescheitert. Insbesondere nach den Wahlen 2012 haben sie entschieden in den existierenden Strukturen mitzuarbeiten. In einigen Branchen hatten sie mal die Mehrheit: Stahl, Textil, Bau z.B., aber das sind jetzt gerade die Krisenbranchen, die massiv abgebaut haben, diese Gewerkschaften treten praktisch seit einem Jahr nicht mehr in Erscheinung. Aber auch dort waren sie nicht in der Lage eigenständig Streiks auszurufen.

Schulbesetzungen

Es gibt zurzeit 180 von Schülern besetzte Schulen, und zwar für längere Zeit. Es geht ihnen nicht nur um die Unterstützung der Lehrer, sondern um ihre eigenen Belange. Es gibt zwei Regierungsmaßnahmen, gegen die die Schüler kämpfen. Die eine ist die Abschaffung der Fachschulen (Sekundarstufe mit beruflichen Inhalten), die besonders die einkommensschwächeren Schichten betrifft. Die SchülerInnen sollen sich ihre Qualifikation zukünftig auf Privatschulen holen.

Die zweite betrifft den Zugang zu den Hochschulen. Bisher gab es am Ende der Sekundarstufe eine Abschlussprüfung, mit der man den Zugang erlangen konnte. Jetzt ist es so, dass sie in jedem Jahr der Oberstufe eine Prüfung absolvieren müssen plus einer zusätzlichen Prüfung im Anschluss. Alle vier Prüfungen sollen dann für den Hochschulzugang zählen. Das bedeutet, dass das parallele Privatschulsystem für Nachhilfe enorm gefördert wird. Diese private Hilfe können natürlich die ärmeren Kinder nicht bezahlen. Der Bildungsminister besuchte genau an dem Tag, als die Abschaffung der Fachschulen beschlossen wurde, die Eröffnung eines neuen privaten Ausbildungszentrums.

Irre ist auch, dass jetzt Fächer geprüft werden, die abgeschafft wurden! Z.B. wird Technisches Zeichnen geprüft, aber nicht mehr unterrichtet. Das Fach muss man jetzt an privaten Einrichtungen studieren. Dasselbe gilt für abgeschaffte sprachliche Fächer.

Es gibt jetzt einen großen Einschnitt im griechischen Bildungssystem, insofern diejenigen aus einkommensschwächeren Familien kaum noch Chancen auf einen Hochschulzugang haben werden.

Man will jetzt eine Berufsausbildung nach deutschem Vorbild einführen, aber die wird nicht staatlich organisiert sein, sondern ausschließlich privat und für die Auszubildenden unbezahlt. Z.B. Hebammenausbildung wird in Zukunft nur noch privat erfolgen; bisher konnte man das auf Fachschulen lernen.

Auf der einen Seite werden Leute entlassen im Öffentlichen Dienst, z.B. Schulhausmeister. Auf der anderen Seite werden jetzt Arbeitskräfte gesucht für die öffentliche Wohlfahrt, die für den Mindestlohn wichtige Tätigkeiten ausführen sollen, z.B. Schulhausmeister. Also die ganze Übung dient der Verbilligung der Löhne.

Früher waren Schulbesetzungen oder Lehrerstreiks bei der Elternschaft nicht wohlgefallen. Für die Eltern war die Bildung immer das A&O. Trotz der massiven Medienpropaganda gegen Lehrer und Schüler ist jetzt aber die Elternstimmung positiv ihren Forderungen gegenüber.

Die Schulbesetzungen zeigen die Unzufriedenheit mit der kranken Situation des Schulsystems. Das Ministerium hat jetzt angekündigt, dass für jeden Streiktag am Ende des Schuljahrs, im heißen Sommer, ein Schultag angehängt werden soll.

Artikel 16 der griechischen Verfassung

Die griechische Verfassung schreibt in Artikel 16 vor, dass die griechische Schul- und Hochschulausbildung staatlich durchgeführt werden. Dieser Verfassungsartikel ist kaum zu ändern. Was jetzt passiert, bedeutet, dass der Artikel 16 zwar bestehen bleibt, aber faktisch ausgehöhlt wird. Das sieht man an den Angriffen auf die Schulen, aber auch auf die Hochschulen. Interessanterweise wird in der Öffentlichkeit eine Schmutzkampagne gegen die griechischen Universitäten geführt, deren Qualität angeblich schlecht sei. Tatsächlich stehen sie im internationalen Ranking ganz gut dar. Das dient dazu, die privaten Hochschulen zu stärken. Die Absolventen der Privathochschulen werden jetzt auch mit denen der staatlichen gleichgestellt, was früher nicht der Fall war.

Auf die Ankündigung der kompletten Entlassung des Nichtlehrpersonals haben die Hochschulleitungen der zwei Athener Hochschulen beschlossen, die Universität zum neuen Semester nicht zu öffnen. Diese Reaktion zeigt die Schwere des Angriffs insgesamt. Es geht darum, die öffentliche Bildung insgesamt zu schwächen und die Bildung den privaten Interessen zugänglich zu machen und ihnen zu unterwerfen.

Manfred



Kleiderkammer

In der „Solidarischen Struktur“ Mirmigi

Nachdem nun auch Doris, Gisela und Reinhard abgeflogen sind, sind wir nur noch zu dritt. Christos von „solidarity4all“ hatte uns den Kontakt zu der „solidarischen Struktur“ Mirmigi besorgt, wir würden sagen „Sozialzentrum“. Mitsi holt uns mit dem Auto ab und wir fahren ein Stück in einen anderen Stadtteil, der von der Krise ziemlich betroffen ist. Dort treffen wir Samuel, auch schon älter, der Deutsch spricht. Ansonsten ist in dem Zentrum kein Betrieb, da sie nur dreimal die Woche geöffnet haben. Zwei weitere Ehrenamtliche sind gekommen, Migranten, die im Zentrum mitarbeiten.

Natürlich ist das erste Thema die Nachricht von der Verhaftung der Führungsspitze der Goldenen Morgenröte, die sich am Morgen wie ein Lauffeuer verbreitet hatte. Klar ist ihre Reaktion erstmal Freude, in die sich aber gleich Skepsis mischt. Warum macht die Regierung das gerade jetzt? Sie wusste doch die ganze Zeit, dass es Verbrecher sind. Was bedeutet es für die Linke, wenn jetzt eine Partei ausgeschaltet wird mit der Begründung, sie sei eine kriminelle Vereinigung? Wird

dieselbe Begründung demnächst gegen SYRIZA angewendet, die man ja sowieso immer mit der Goldenen Morgenröte gleichsetzt nach dem Motto: Rechter und linker Extremismus bedrohen die Demokratie?

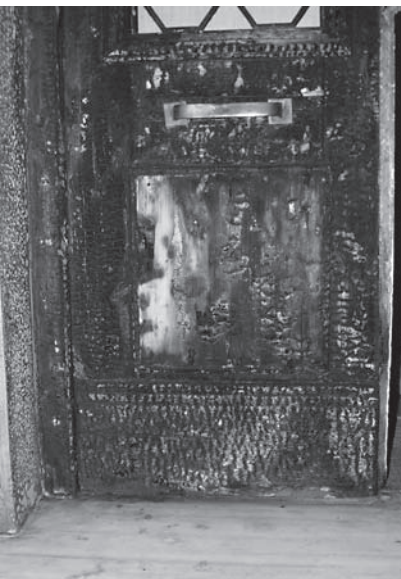
Das Zentrum selbst wurde vor einigen Monaten auch schon angegriffen, die Spuren des Brandanschlags sind an der Eingangstür noch deutlich zu sehen. Daneben war auf die Wand gesprüht: „Kaphir raus!“ (Also: Kaffer raus! „Raus“ deutsch geschrieben.) Aus den Buchstaben haben sie jetzt Blumen und Gesichter gemalt.

In das Zentrum kommen sehr viele Immigranten, aber auch griechische Einwohner und Familien aus dem Stadtteil. Sie akzeptieren alle, egal ob sie legal oder illegal sich aufhalten. Wenn jemand kommt, dann wird er/sie registriert, denn man darf sich pro Monat zweimal etwas mitnehmen. Sie haben dreimal die Woche geöffnet und es kommen pro Woche etwa zweihundert Leute, das bedeutet also, dass sie monatlich 400 Menschen/Familien betreuen. Sie haben eine Speisekammer, Kleiderkammer und einen Raum mit Kinderspielzeug und Büchern. Sie bestreiten ihren Bedarf ausschließlich aus Spenden.

Da wir abends bei Eurydike eingeladen sind, gehe ich zwischendurch ein Stück die Straße runter, wo ein kleiner Blumenladen ist, höchstens 200 m. Die Ladenbesitzerin, vielleicht Mitte 40, spricht ausgezeichnet englisch, sie war früher Englischlehrerin. Ich spreche sie auf die schweren Zeiten an und sie fängt sofort an zu klagen. Ich sage, ich sei gerade da oben in dem Zentrum, was sie erst gar nicht zu kennen scheint. Dann erkläre ich ein bisschen, dass die Menschen helfen usw., da meint sie: „Ach da, wo die Afghanen sind.“ Ich sage, da gingen auch griechische Familien hin, davon weiß sie aber nichts. Und dann geht's los: Die Immigranten und die Ausländer, die Griechenland überschwemmen! Jetzt seien es schon 2,5 Millionen (eine absurde Zahl), und sie seien damit überfordert. Die lungerten hier überall rum. Zweimal sei sie schon bewaffnet überfallen worden und sie habe ihr Geld rausrücken müssen, um nicht umgebracht zu werden.

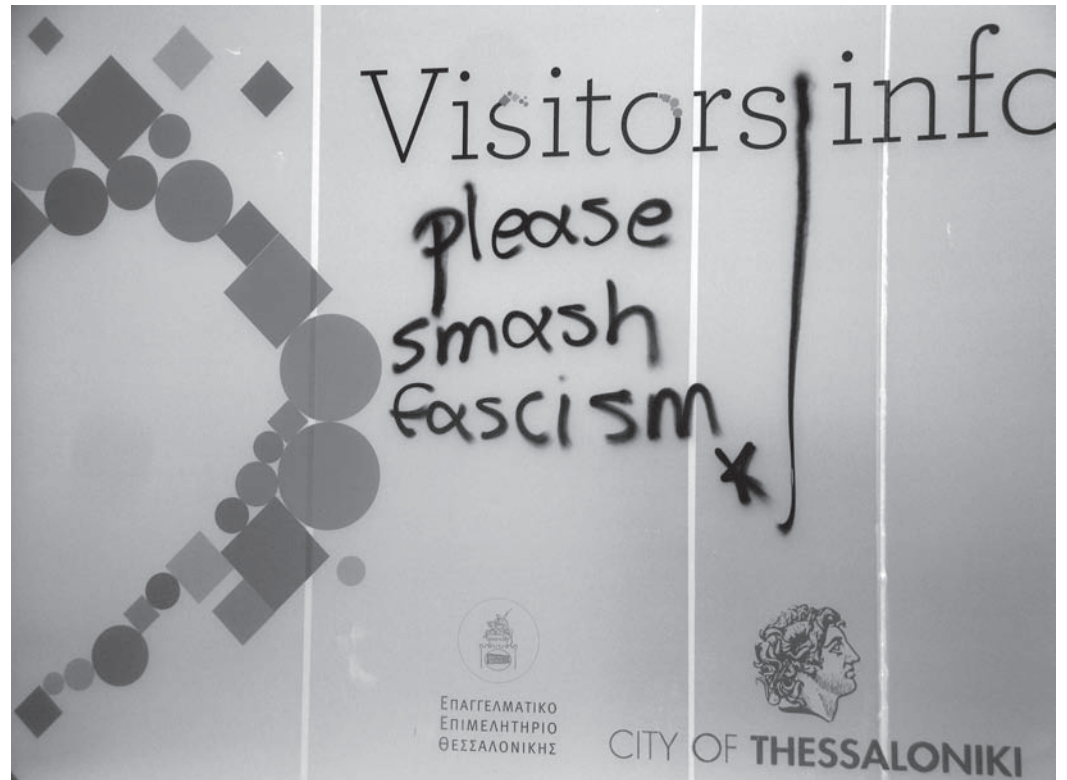
Auf die Goldene Morgenröte spreche ich sie dann nicht mehr an. Aber es ist klar: Auch wenn man die Partei verbietet, dann bleiben doch die Menschen und deren Probleme, die natürlich der Krise geschuldet sind, aber die auf die Ausländer geschoben werden. Irgendjemand wird sich dieser Leute wieder mit Scheinlösungen und Parolen annehmen. Die Extreme liegen hier sehr dicht beisammen. Wir übergeben dem Zentrum 500€ von unseren mitgebrachten Spenden.

Manfred



Die Spuren des Brandanschlags: Verbrannte Tür und die übermalte rassistische Parole

Reise nach Thessaloniki



Freitag und Samstag,
27./28. September 2013,
in Thessaloniki

Sie begann ein wenig abenteuerlich. Yannis und ein Kollege hatten uns zum Bahnhof gefahren. Es wirkte wie eine Zeitreise. Der Bahnhof liegt etwa 10 km außerhalb von Livadia. Der Schalter wie aus dem Bilderbuch einer vergangenen Zeit. Der Beamte kannte Yannis. Fast alle kennen ihn hier. Erst mal ein kleiner Plausch, dann unsere Fahrkarten, kurz bevor der Zug einfuhr. Es dauerte nicht lange, bis der Zug in einer kleinen Station stehenblieb. Feuer auf den Gleisen vor uns. Dauert es eine Stunde? Oder müssen wir den Zug wechseln? Wir sind entspannt. Im Speisewagen ist es ruhig, die meisten Fahrgäste waren ausgestiegen. Endlich haben wir Zeit die nötigen Telefonate zu führen, um die Verabredungen zu konkretisieren.

Und Danae ist unermüdlich: Telefon, SMS Besprechung... Dann ist das meiste klar.

Die Leute von VIO.ME können wir doch in der Fabrik besuchen. Thanassis freut sich, uns zu sehen. Einige Kollegen werden auch da sein. Freitag um die Mittagszeit ist auch für uns ganz OK. Es ist auch nett, Eleni wieder zusehen und vorher zu treffen. Das macht den Weg einfacher. Eleni kennt sehr viele in der politischen Szene Thessalonikis.

Der Freitag um 17 Uhr in der solidarischen Arztpraxis ist auch bestätigt. Dazu kommt nun am Samstagmorgen um 9 Uhr ein Besuch im Wasserwerk um mit Giorgios, dem Gewerkschaftsvorsitzenden dort, über den Kampf gegen die Privatisierung des Wassers in Thessaloniki zu reden. Am Samstag könnten wir auf dem Fest von SYRIZA noch eine Reihe weiterer Initiativen treffen.

Die Reise geht die Berge hinauf. Das eingleisige Schienenbett schlängelt sich durch kurze und lange Tunnel und über kleine Täler. Von hier aus kann man weit bis zum Meer am Fuße der Ebenen, die sich an die Berge anschließen, blicken. Der hintere Waggon, in dem mehrere von uns sitzen, setzt mehrmals auf und man glaubt fast, dass wir entgleisen und

gleich den Berg hinab schießen. Steht man am Ende des Zuges, hat man durch das rückwärtige Fenster einen ganz anderen Blick auf die Strecke, als wenn man nur seitlich aus dem Fenster schaut. Man kann von hier auf die einspurige Strecke schauen, die sich bilderbuchartig am Berghang entlang und durch seitlich offene, in den Fels gehauene Tunnel windet, und sieht auch vor allem die alten, klapprigen Brücken, über die wir fahren. Wer kennt nicht diese Szenen aus irgendwelchen amerikanischen Filmen, wo ein Jugendlicher oder ein Tramp einsam durch die Berge oder Hügellandschaft auf dem Schienenbett wandert und dann über eine lange, einspurige Brücke muss, unter der sich eine tiefe, Schwindel erregende Schlucht auftut und die aussieht, als würde sie gleich beim nächsten Windstoß zusammenbrechen? Und immer, wenn der Protagonist genau mitten auf der Brücke ist, kommt ein Zugsignal und er muss springen oder um sein Leben laufen. So ungefähr sehen diese Brücken aus. Wohl ist einem nicht, wenn man sie hinter der nächsten Kurve verschwinden sieht. Aber gut, dass sie erst ins Blickfeld geraten, wenn man sie längst überquert hat.

Spät in der Nacht bringen uns zwei Taxis zum Hostel, etwas abseits vom Zentrum an einem Hang gelegen. Na ja, ein Qualitätsunterschied zum Hotel ist das schon. Hostel halt. Schmutzige Matratzen und stickige Zimmer. Das Dreierzimmer unserer „Youngsters“ hat nicht mal ein Fenster nach außen, sondern nur in einen Aufenthaltsraum. Und als Betten dienen ausgezogene Schlafsofas. So richtig bleiben will von uns keiner, zu verwöhnt sind wir vom Luxus aus Athen. Bei der Diskussion am Morgen ist die Gruppe gespalten. Einige wollen das Hostel verlassen und verweigern sich den hygienischen Zuständen der Betten und der Duschen, andere haben sich mit der Situation abgefunden, weil man auf seinen Reisen schon Schlimmeres erlebt hat. Um die Gruppe nicht zu teilen, ziehen wir in ein Hotel im Zentrum. Die Wirtin ist trotzdem nett, aber versteht unseren Kummer nicht ganz. Etwas peinlich berührt verlassen wir das Hostel.

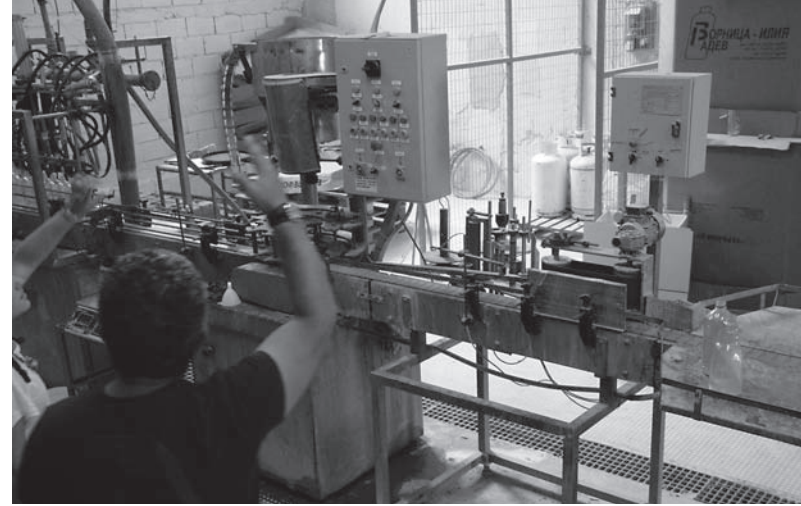
VIO.ME – fast eine Legende

Die Fahrt zu VIO.ME mit dem Bus lief problemlos. Auf halber Strecke in Richtung Airport kamen wir über einen kurzen Schleichweg zum Tor, das uns kurze Zeit später geöffnet wurde. Thanassis, der Regisseur, und ein Kollege von VIO.ME begrüßten uns herzlich. Die beiden Filmemacher drehen einen Langzeitfilm über die Entwicklung dieses besetzten Betriebs. Wir sind sieben und die meisten kennen die Geschichte dieses Betriebes nur sehr oberflächlich. Seit zwei Jahren haben die Kollegen jetzt die Kontrolle über den Betrieb. Vio Metaliki ist ein Tochterbetrieb von Filkeram-Johnson. Der Mutterbetrieb hatte Konkurs angemeldet und seine Tochter mit einem Riesenberg Schulden zurückgelassen. Die Arbeiter, die seitdem keinen Lohn bekommen haben (aber auch nicht entlassen wurden) klagten und bekamen (fast) immer Recht.

Es gibt keinen Zweifel, dass sie rechtmäßig im Besitz der zurückgelassenen Maschinen, Anlagen und Materialien sind. Allerdings können sie den Betrieb nicht übernehmen ohne dessen Schulden. Das aber wäre der Ruin. Die Weiterführung der bisherigen Produktion sowie die Lieferbeziehungen konnten deshalb nicht aufrechterhalten werden. Das bedauernden die Kollegen, denn der Betrieb arbeitete vor der Insolvenz mit Gewinn. Der Versuch, das Material aus dem Lager – Fliesen und vor allem Fugenmörtel und Kleber – zu versteigern, scheiterte. Denn die Bieter auf der Auktion wollten alles für einen Euro. Mit einem Chemiker aus der Solidaritätsszene gelang es, eine neue Produktlinie aufzubauen.

Verschieden Sorten von Reinigungsmitteln laufen jetzt über die Anlagen und Abfüllstationen. Waschmittel, Fensterreiniger und andere Putzmittel werden mit natürlichen Grundstoffen wie Olivenöl-Seife, Essig und natürlichen Aromen hergestellt. Die Lieferanten stellen





die hochwertigen Grundstoffe auch selbst her. Der Vertrieb gestaltet sich allerdings noch schwierig, weil es (noch) keine legale Genehmigung gibt. Später kommen noch einige Vorschläge, wie der Absatz verbessert werden kann.

Inzwischen haben sich zu unserem Gesprächskreis noch zwei junge Leute aus Leipzig gesellt, die in Begleitung eines griechischen Freundes zu VIO.ME gekommen waren. Eleni hatte am Beginn der Gesprächsrunde kurz erwähnt, dass es Kritik an den Arbeitern gäbe, sie würden nun selbst nur Kapitalisten sein wollen. Auf die Nachfrage, wer diese Kritik äußern und was sie darauf antworten würden sowie ob einzelne des Betriebs vielleicht Teil der Kritiker seien und daher in einen Widerspruch geraten würden, antwortete man uns, dass es vor allem die KKE (Kommunistische Partei, stark stalinistisch orientiert) sei, die den Aktivisten und Arbeitern von VIO.ME vorwerfe, sie würden sich nur innerhalb des Systems bewegen und sich nun selbst ausbeuten bzw. sich als Kapitalisten gerieren. Auf die Gegenfrage an die KKE, wie man sich denn sonst ernähren solle, sei nur geantwortet worden, dass die Zeit der Übernahme der Betriebe noch nicht reif sei und man daher gar nichts machen dürfe oder solle. So einfach bügelt die KKE die Widersprüche innerhalb der bestehenden Verhältnisse weg, indem sie den Menschen eher empfiehlt zu verhungern, anstatt halt die Produktion innerhalb des möglichen Rahmens selbst zu übernehmen. Auf die Frage nach

möglichen Widersprüchen innerhalb der Belegschaft antworten unsere Gegenüber, dass alle mit den Möglichkeiten, die man gerade ausschöpfe oder anstrebe, einverstanden seien, unabhängig von der eigenen politischen Überzeugung. Alle anderen hätten die Fabrik verlassen.



Die Solidaritätserklärung der KollegInnen von O&K aus Berlin ist im Betriebsratsbüro bei VIO.ME. ausgehängt.

Wir besichtigen daraufhin das Lager und die (kleine) Produktion und haben den Eindruck, dass die Kapazitäten des Betriebes lange nicht ausgenutzt sind. Zurzeit arbeiten zwischen 29 und 39 Kollegen im Betrieb. 10 kommen nur temporär, vor allem um den Betrieb ideell zu unterstützen. Sie sind überzeugt von dem Projekt. Etwa die Hälfte der Belegschaft hat die Fabrik verlassen und versucht anderswo Arbeit zu finden.

Die anderen haben die Sache in die eigenen Hände genommen. Sie haben sich ein Statut gegeben, nach dem jeder die gleichen Rechte hat und Abstimmungen in Vollversammlungen stattfinden. You cannot? – Yes we can! ist ihr Motto, frei nach einem Wahlkampfeslogan von Obama. Ihre Zuversicht wird getragen von einer breiten Solidaritätsbewegung weit über Griechenland hinaus. (Mehr Infos unter: <http://www.viome.org/p/deutsch.html>)

Die Kollegen, mit denen wir unter einem Sonnendach diskutieren und Kaffee trinken, sind genauso überzeugt wie wir, dass die Situation in Grie-

chenland grundlegend verändert werden muss – und dass es ein langer harter Kampf sein wird. Über unsere Unterstützung sind sie sehr froh. Wir übergeben dem Kassenswart die mitgebrachten Spendengelder (1000,-€), was uns von der Buchhalterin auch quittiert wird.

Es wird Zeit aufzubrechen, weil die Kollegen zum SYRIZA-Fest wollen, um dort ihren Stand aufzubauen und ihre Produkte, Infos und Soli-T-Shirts anzubieten.

Es blieb nicht viel Zeit, zum Essen und um sich zu erholen.

Solidarische Arztpraxis KIA

Um 17 Uhr klingelten wir in der. Sie ist mitten in einem kleinen asiatischen Migrantenviertel im Zentrum Thessalonikis nahe dem Hauptbahnhof gelegen. Im Gegensatz zu Athen, wo man viele frei umherlaufende Hunde eingefangen und getötet hat, liegen hier gleich ein halbes Dutzend faul in der Abendsonne auf dem Bürgersteig herum.



Vasilis im einem Behandlungszimmer von KIA

Vasilis erwartete uns schon und es ist noch ziemlich ruhig im Wartezimmer. Die Sprechstunde beginnt erst um sechs, aber ein Patient und mehrere Beschäftigte wuselten herum. Vasilis ist für uns bereits ein alter Bekannter. Er war Mitglied der griechischen Gruppe, die mit uns am 1. Mai demonstriert und an verschiedenen Diskussionsveranstaltungen teilgenommen hatte.

Natürlich drehte sich das Gespräch zunächst um die Schlagzeilen dieser Tage. Es wurde öffentlich, wie Teile der Polizeiführung eng mit der faschistischen Partei Goldene Morgenröte verbunden sind. Die Einschätzungen darüber, welchen Einfluss die Faschisten bereits im Staatsapparat haben, ob der Staatsapparat die Faschisten kontrolliert benutzt oder ob gar die Faschisten selbst für den durch die bürgerlichen Parteien regierten Staat ein Problem seien, gingen weit auseinander.

Wir mussten wieder auf den Grund unseres Besuches zurückkommen: Den Widerstand gegen die katastrophalen Auswirkungen der Spardiktate im Gesundheitswesen. Vasilis fasste



kurz die Geschichte und die Entwicklung des Gesundheitszentrums bis heute zusammen: Die Unterstützung und die medizinische Betreuung eines Hungerstreiks von Flüchtlingen gegen die unmenschlichen Bedingungen in den Lagern. Daraus entstand die medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere. Die Verschlechterung der sozialen Lage vieler GriechInnen führte dazu, dass sich viele Menschen keine Sozialversicherung mehr leisten können. Bei unserem Besuch vor einem Jahr war bereits fast die Hälfte der PatientInnen Griechen, die keine Krankenversicherung mehr hatten. Bis heute hat ihre Zahl noch einmal dramatisch zugenommen. Offizielle Schätzungen gehen von drei Millionen aus. Das sind fast ein Drittel aller griechischen Bürgerinnen. Über 100 Ärzte, Fachärzte, medizinisches und nicht medizinisches Personal sind hier engagiert. Alle arbeiten auf ehrenamtlicher Grundlage. Es gibt keine Hierarchie im Kollektiv. Es gilt der Grundsatz, dass Entscheidungen im Konsens getroffen werden. Mehrheitsbeschlüsse sind die absolute Ausnahme. Die Vollversammlungen finden öffentlich statt. Wer unterstützen und mitmachen möchte kann teilnehmen. Die Beteiligung der PatientInnen ist ausdrücklich erwünscht. Das gelingt nicht immer, aber es ist ein zentrales Anliegen.

Es ist geplant demnächst eine Pressekonferenz gemeinsam mit den PatientInnen durchzuführen, in der die Verschlechterungen der Gesundheitsversorgung angeprangert wird. Dafür wurden auch andere solidarische Gesundheitszentren, die ähnlich arbeiten, angefragt. Alle haben zugestimmt, gemeinsam an einem vereinbarten Termin an die Öffentlichkeit zu gehen.

Allen ist klar, dass die Gesundheitszentren kein Ersatz für ein funktionierendes staatliches Gesundheitssystem sein können. Die Krebspatienten haben es besonders schwer an die teuren Medikamente heran zu kommen. Das Gesundheitszentrum kann nur bei akuten Fällen helfen. Operationen und aufwändigere Behandlungen sowie labordiagnostische Untersuchungen können nur in Krankenhäusern durchgeführt werden. Deshalb werden alle Möglichkeiten gesucht und genutzt, jenseits der Vorschriften den Menschen die notwendigen Behandlungen zu ermöglichen. Viele Ärzte in den Krankenhäusern und auch Krankenhausleitungen unterstützen dieses Anliegen.

Natürlich muss in den Krankenhäusern erste Hilfe geleistet werden und die Menschen dürfen nicht abgewiesen werden, allerdings erhalten die behandelten Patienten dann oft eine Rechnung und das Geld wird von den Steuerbehörden eingezogen. Das griechische Gesundheitswesen soll nach deutschem Vorbild nach ökonomischen Kriterien umgebaut werden. Wie in Deutschland ist geplant Fallpauschalen einzuführen, mit denen jede Gesundheitsleistung mit einem Preis abgerechnet wird. Darüber hinaus werden Aufnahmegebühren für jeden Krankenhausaufenthalt in Höhe von 25 € erhoben. Auch dagegen richtet sich die Kritik der AktivistInnen.

Die politische Überzeugung der Menschen im Gesundheitszentrum kommt auch in der Unterstützung der Protestbewegung in Chalkidike zum Ausdruck. Dort wehren sich Umweltschützer und Einwohner heftig gegen den Goldabbau durch einen kanadischen Konzern. Ihnen drohen Anklagen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Bei ihren Kämpfen sind sie schweren Repressalien ausgesetzt. Bei Polizeieinsätzen gab es zahlreiche Verletzte, die auch durch Ärzte aus der Klinik versorgt wurden.

Wir fragten auch nach internen Konflikten, die es in dem Projekt gegeben hat. Ca. 20 Aktive, zum Teil Mitgründer der Initiative, hatten in einem Papier die Kritik geäußert, dass die ursprüngliche Identität des Projektes aufgegeben worden sei. Nach langen Debatten in denen sie sich nicht durchsetzen konnten, haben sie vor einiger Zeit das Zentrum verlassen. Es ging um die stärkere gesellschaftliche Öffnung und auch um die Mitarbeit eines ehemaligen Polizisten. Mein Eindruck ist, dass es der Linken in Griechenland trotz des gewaltigen Drucks schwer fällt mit Widersprüchen um zu gehen.

Diese Selbsthilfeinitiative ist eine der best organisierten und eine der wichtigsten in Griechenland und auch hier waren wir sicher, dass 1000 € der eingesammelten Spendengelder gut eingesetzt werden.

Hans

Besuch bei der Wasserpumpstation der EYATH in Thessaloniki

Wir machen uns am frühen Morgen auf den Weg zur Wasserpumpstation in einem Außenbezirk von Thessaloniki. Dort treffen wir Giorgos Archontopoulos, der der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft mit ca. 150 Mitgliedern ist. Er hat gerade seine Nachtschicht beendet und nimmt sich Zeit für uns. Zu Beginn des Besuchs zeigt er uns ein Modell, auf dem das Wasserleitungssystem der Stadt dargestellt wird. Danach machen wir einen Rundgang durch die kleine Station mit den Pumpmaschinen, die über ein Computersystem kontrolliert werden. Außer ihm treffen wir auf nur zwei weitere Kollegen, die die nächste Schicht übernehmen.

Giorgos engagiert sich gegen die von der Troika und der Samaras-Regierung beschlossene Privatisierung der Wasserbetriebe in Thessaloniki und Athen. Die Wasserbetriebe EYATH in Thessaloniki sind 1997 in eine GmbH umgewandelt worden, seit 1999 sind sie noch zu 74 Prozent in öffentlicher Hand. Nun sollen insgesamt 51 Prozent der Anteile an der Gesellschaft an einen privaten Käufer gehen, der auch die Verwaltung übernehmen soll. Interessent ist u.a. der für dieses sogenannte Public Private Partnership bekannte französische Großkonzern Suez Environnement. Die Betriebe erwirtschaften insgesamt 20 Millionen ohne Steuern pro Jahr. Sie haben noch 50 Millionen Außenstände. Zur Hälfte bei der Stadt, zur Hälfte bei Privathaushalten. Der Verkaufspreis der Anteile an EYATH beläuft sich auf 130 Millionen Euro, wegen der Schulden wurde der Preis jedoch auf 80 Millionen gesenkt, die der private Anteilskäufer mindestens zahlen soll. Es gab bei EYATH früher 640 Beschäftigte, heute sind es nur noch 240. Giorgos erzählt, dass es die letzten zehn Jahre keine Neueinstellungen gegeben habe, stattdessen seien viele Dienstleistungen outgesourct worden. 2001 sei es zu der heutigen Teilprivatisierung gekommen, seitdem leide auch der Instandhaltungsservice für die Wasserleitungen. Es seien zwar zwei neue Fahrzeuge gekauft





Giorgos Archontopoulos, der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft, und Danae, unsere unermüdliche Dolmetscherin

und ein neues, sechsstöckiges Gebäude für Werkzeuge und Werkstatt geplant worden. Die gekauften Fahrzeuge stünden aber nur herum, weil es zu ihrem Einsatz an Personal fehle, und der Bau des Gebäudes sei nach dem ersten Stockwerk abgebrochen worden, weil das Geld gefehlt habe.

2008 entstanden viele Solidaritätsgruppen. 2011 hat sich ein Wassertisch gegründet, wobei SYRIZA als einzige Partei die Anti-Privatisierungsinitiative unterstützt hat. Laut Giorgos verhält sich der Bürgermeister von Thessaloniki, Yiannis Boutaris, sehr wechselhaft in Bezug auf die Wasserprivatisierung, während mittlerweile alle Parteien die Initiative unterstützen. Dies sei auch eine Folge des Erfolgs der Kampagne, denn letztendlich habe die Stimmung der Bevölkerung gegen den Verkauf

der Wasserwerke auch zur Niederlage von Nea Demokratia bei den letzten Bürgermeisterwahlen geführt. Der Forderung nach einem Referendum, in dem die Bürger selbst über den Verkauf oder Verbleib der Wasserwerke in staatlicher Hand abstimmen könnten, wird von der Regierung nicht stattgegeben bzw. es wird immer wieder hinausgezögert. Dies macht es laut Giorgos umso schwieriger, die Bewegung und ihre Kampfkraft aufrechtzuerhalten. Sie selbst als Gewerkschaft bekommen zwar keine Unterstützung von ihrem Dachverband GSEE, sie hätten aber große Unterstützung über die Public Service Union (PSU) sowie von gegen die Wasserprivatisierung kämpfenden Regierungsvertretern aus Bolivien, der Türkei und Frankreich erhalten. Auch habe die sogenannte 136-Bewegung an Bedeutung gewonnen. Ein großes Problem ist jedoch, dass die Ausrichtung der Kampagne auf den Kauf der Anteile durch die Bürger der Stadt die Verarmung der Bevölkerung außer Acht lässt. Das Ziel, durch eine finanzielle Beteiligung der Familien mit 136 Euro die Wasserwerke in quasi-genossenschaftliches Eigentum umzuwandeln, ist derzeit kaum realisierbar, weil viele Familien neben ihrer Existenzsicherung diesen Betrag schlichtweg nicht aufbringen können. Auch die Initiative des Geschäftsmanns Robert Apfel als Unterstützer von „136“, über bspw. die Bill und Melinda Gates-Stiftung diesen Familien Mikrodarlehen zu gewähren, klingt für uns nicht gerade überzeugend.

Der Verkauf der Anteile wird für Ende 2013 oder Beginn 2014 erwartet – auf jeden Fall noch vor den nächsten Bürgermeisterwahlen.

Nina

Nachtrag: Saloniki und Lafazanis

Gleich nach unserem Treffen mit Panagiotis Lafazanis fuhr ich mit der Bahn von Athen nach Thessaloniki und schloss mich dort der anderen Hälfte unserer Reisegruppe an. Am Samstagabend gingen wir zum SYRIZA-Fest. Freudiges Wiedersehen mit Makis von VIO-ME. Wir saßen anschließend fast den ganzen Abend beim Stand von VIO-ME.

Eleni, eine unserer Dolmetscherinnen in Thessaloniki, stellt mich einer Frau vor, die sich selbst als wichtige Persönlichkeit der örtlichen SYRIZA sieht – sie ist die Frau des SYRIZA-Generalsekretärs der Region Thessaloniki. Als ich ihr von unserer Begegnung mit Lafazanis erzähle, schaut sie mich an, als hätten wir uns in Athen mit dem Teufel persönlich getroffen. Ziemlich kühl fragt sie mich: „Und? Wie war Dein Eindruck?“ Wahrheitsgemäß berichte ich ihr, dass ich Lafazanis für eine sehr kompetente Persönlichkeit mit einem scharfen politischen Verstand halte, worauf sie erwidert: „Lafazanis unterstützt die Solidaritätsinitiativen nicht!“ – was eine klare Falschaussage ist, wie wir uns in Athen selbst vergewissern konnten. Dann redet sie auf Griechisch in einem sehr resoluten Ton auf Eleni ein, die heftig protestiert. Anschließend entfernt sich die SYRIZA-Frau ohne ein freundliches Wort des Abschieds. Wie mir Eleni daraufhin erklärt, habe sie ihr verbieten wollen, mit ausländischen Gästen über die „internen Angelegenheiten“ von SYRIZA zu sprechen...

Im Laufe des Abends komme ich mit Giorgios ins Gespräch, einem griechischen Anwalt, der sehr gut Deutsch spricht. Ihm erzähle ich ebenfalls von unserem Treffen mit Lafazanis und schildere ihm meine Sichtweise von Griechenland als Epizentrum der europäischen Krise. Er ist überrascht über meine, wie er findet, allzu optimistische Auffassung. Es ist bereits spät, als er zu mir sagt: „Schau, dort steht Despina. Sie ist eine SYRIZA-Abgeordnete aus Thessaloniki, die zur Strömung von Lafazanis gehört. Ich möchte sie dir vorstellen.“ Despina spricht nur Griechisch. Dank der Übersetzungshilfe von Giorgios können wir uns dennoch gut verständigen. Sie hat nicht viel Zeit, denn am nächsten Morgen, erzählt sie, werden Leute zu einem Solidaritätsmarsch von Thessaloniki nach Athen starten. „Wir befürchten, dass sie von der Polizei aufgehalten werden. Darum muss ich morgen früh um 7 Uhr dort sein.“

Despina stelle ich die Frage, die ich in Athen aus Zeitmangel Lafazanis nicht mehr stellen konnte: Welche Pläne hat SYRIZA, um bei einer Regierungsübernahme einer möglichen Erpressung der Troika widerstehen zu können? Ihre Antwort ist schonungslos ehrlich: Die linke Strömung von Synaspismos beschäftige sich mit dieser Frage seit vier Jahren, in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsprofessoren. „Anfänglich wurden wir deswegen von den anderen belächelt. Jetzt haben auch sie begriffen, wie wichtig das Thema ist.“ Probleme bestünden hauptsächlich beim Erdöl und den Arzneimitteln, alles andere könnte grundsätzlich im eigenen Land hergestellt werden. Allerdings nicht sofort. „Es stimmt, wir sind von den Importen abhängig.“ Abschließend meint Despina noch: „Es gibt keinen anderen Weg. Entweder wir nehmen den Kampf auf, auch auf europäischer Ebene, und führen ihn zu Ende oder die europäische Arbeiterbewegung wird um mehr als 100 Jahre zurückgeworfen.“

Nach meiner Rückkehr in die Schweiz will ich mehr über Lafazanis und die SYRIZA-Linke in Erfahrung bringen. In einem Text von Christos zum 14. November 2012, den Manfred auf Deutsch übersetzt hat, steht: „Letzten Donnerstag [01.11.2012] sagte Lafazanis, ein SYRIZA-Abgeordneter, Führer des linken Flügels von Synaspismos (der größten Partei von SYRIZA), ein Euroskeptiker und Operaist, in einer Talkshow, dass SYRIZA nicht in der Lage sei, die Regierung zu übernehmen.“ (www.consessioniprecarie.org/author/consessioniprecarie/page/6/). Im Internet habe ich dann den Wortlaut der Aussagen in jenem Fernsehinterview sowie einen kurzen Lebenslauf von Lafazanis gefunden.

Zwei weitere Texte betreffen die SYRIZA-Linke, d.h. die „Linke Plattform“, die sich im Wesentlichen aus der linken Strömung der inzwischen aufgelösten Synaspismos sowie drei kleinen Organisationen trotzkistischer Herkunft (Kokkino, DEA und APO), die sich als Rprojekt/Rotes Netzwerk zusammengetan haben, zusammensetzt. Der eine Text aus der Imprekorr 3/2013 (Mai-Juni) gibt – nebst zahlreichen Zahlen und Fakten zu Griechenland – die Sichtweise eines Führungsmitglieds der französischen NPA wieder. Aufschlussreich ist vor allem der zweite Text von Stathis Kouvelakis, Universitätsprofessor und Mitglied des Zentralkomitees von SYRIZA, über den SYRIZA-Gründungskongress vom Juli 2013:

„Dazu kam die außerordentlich aggressive Stimmungsmache gegen die parteiinterne Opposition (die als Linke Plattform gemeinsam aufgetreten ist), die am Abend der letzten Sitzung des Kongresses bei den Abstimmungen zu drei Schlüsselfragen des organisatorischen Funktionierens der Partei kulminierten, auf die die Auseinandersetzungen fokussiert waren (Auflösung der Gruppierungen, Repräsentierung der Strömungen und Art und Weise der Wahl des Vorsitzenden). Da gab es für einen Kongress der radikalen Linken schockierende Szenen (ausgebuhte SprecherInnen der Linken Plattform, Stinkefinger und Beschimpfungen und Beifall für Tsipras, wann immer er ans Rednerpult trat, schon bevor er überhaupt den Mund aufgemacht hatte), die zum Auszug der Delegierten der Linken Plattform und eines nicht unbeträchtlichen Teils auch von Delegierten der Mehrheit aus dem Saal geführt haben.“

Nach meinem Erlebnis am SYRIZA-Fest in Thessaloniki kann ich mir die erwähnten Szenen recht gut vorstellen. Offenbar haben, etwas überspitzt formuliert, manche SYRIZA-Mitglieder, die heute die Mehrheit bilden, die Mentalität der KKE und die Politik der PASOK. Aufgefallen ist mir aber auch, dass sich die Leute der SYRIZA-Linken, zu denen die meisten unserer Kontakte in Athen gehören, nie negativ über Tsipras und seine AnhängerInnen geäußert haben. Stets betonen sie die Einheit von SYRIZA als vielfältiges Bündnis der radikalen Linken und erwähnen höchstens einmal beiläufig, dass ihre Ansichten, für die sie sich stark machen, nicht die der Mehrheit sind. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Antwort von Vassia, als ich sie gleich am ersten Tag unserer Reise auf den SYRIZA-Kongress vom Juli anspreche: „Wir sind sehr zufrieden. Wir haben zwar nicht die Mehrheit, aber wir sind gestärkt aus dem Kongress hervorgegangen.“

Die Hervorhebung der Einheit und der eigenen Positionen anstelle einer gehässigen Polemik gegen die anderen Strömungen ist zweifellos eine vorbildliche Haltung, von der viele Linke auch in anderen Ländern lernen könnten. Persönlich glaube ich allerdings, dass die Einheit innerhalb von SYRIZA vielleicht noch bis zu einem zunehmend wahrscheinlicher werdenden Wahlsieg anhalten wird. Nach der Bildung einer wie auch immer zusammengesetzten „Linksregierung“ wird die „Realpolitik“, wie sie der Mehrheit um Tsipras vorschwebt und die zwangsläufig auf eine „bessere“ Verwaltung der Krise hinauslaufen wird, aufs Heftigste mit den Vorstellungen der SYRIZA-Linken zusammenprallen, die konsequent den Weg des Klassenkampfes beschreiten wollen (auch wenn sie diesen Begriff nicht ausdrücklich verwenden). Wie dann die Mehrheitsverhältnisse innerhalb von SYRIZA liegen werden, darüber kann man spekulieren, wobei ich die Möglichkeit, dass aufgrund der Dynamik eines sich verschärfenden Klassenkampfes die heutige Mehrheit in die Minderheit versetzt wird, für durchaus gegeben halte.

Nach einer Woche wieder zurück in der Schweiz staune ich aufs Neue, wie sorglos die Mehrheit der Bevölkerung hier nach wie vor lebt – und vor allem wie ahnungslos, angesichts der tiefen Krise, in der sich die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung befindet. Nach unserer Solidaritätsreise bin ich mehr denn je überzeugt, dass der vermeintliche wirtschaftliche Wiederaufschwung in Europa, wie er zurzeit landauf landab beschworen wird, nur die Ruhe vor dem Sturm ist. Ein Sturm, von dem auch die Schweiz im Herzen Europas nicht verschont bleiben wird, wenn in Griechenland sich die Erde öffnen und die Glut im Kraterherde mit Macht zum Durchbruch dringen wird...

Rainer

Meine Eindrücke von der Griechenland-Solireise 2013

Depression

Vor einem Jahr war ich wie die anderen aus der Gruppe geschockt über die Ausmaße des „sozialen Blitzkriegs“ gegen die griechische Gesellschaft, wie ich den Angriff auf die gewerkschaftlichen Rechte und die sozialen Institutionen nannte. Dieses Jahr möchte ich das, was wir gesehen haben, Depression nennen. Depression in dem Sinne, dass die Krise eine Dimension erreicht hat, die nicht mehr mit Begriffen wie Abschwung oder Niedergang bezeichnet werden kann, sondern als ein lange dauernder Zustand, in dem die griechische Gesellschaft versunken ist, hineingeworfen wurde, aus dem sie nicht so schnell herausfinden wird.

Dazu gehört z.B. die Information, dass von 1,8 Mio. Beschäftigten im Privatsektor etwa eine Million ihre Löhne nur mit Verspätung von bis zu fünf Monaten ausbezahlt bekommen. Ein Gesprächspartner erzählte uns, er werde seit zwei Monaten nicht bezahlt und zähle damit zu den Glücklichen.

Ganze Industrien, Werften, Stahl, Textil sind zusammen gebrochen. In einzelnen Stadtvierteln von Athen, wo früher Werftindustrie war, liegt die Arbeitslosenrate bei über 80%. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Bettler und Straßenhändler –im Grunde auch Bettler- haben deutlich zugenommen. Der Straßenverkehr ist recht übersichtlich, die Hälfte davon scheinen Taxis zu stellen. Nachts sind viele Häuser dunkel, da sich die Bewohner den Strom nicht leisten können oder die Elektrizitätsgesellschaft ihn abgestellt hat. Ganze Straßenzüge sind voll mit geschlossenen Läden. Der Wohnungsmarkt existiert eigentlich nicht mehr. Uns wurde erzählt, dass jemand seine Eigentumswohnung verkaufen will. Er fing bescheiden mit 80 000€ an und fand keinen Käufer. Jetzt ist er bei 20 000€ angelangt, trotzdem will niemand kaufen. Das bedeutet aber, dass die Banken, die auf den Hypotheken für Häuser und Wohnungen sitzen, im Grunde nur noch Zombiebanken sind. Eine Folge ist, dass Privatunternehmen nicht mehr an Kredite herankommen. Kein Wunder also, dass die Unternehmen die Gehälter ihrer Angestellten faktisch als Kredit benutzen, indem sie diese nicht auszahlen.

Eine gewerkschaftliche Gegenwehr im Privatsektor ist damit praktisch kaum noch möglich, es kann nur noch um Abwehr von Entlassungen gehen. Wer streikt, wird entlassen. Der Organisationsgrad im Privatsektor ist auf 15% gesunken, und wenn man die halbprivatisierten öffentlichen Unternehmen wie Elektrizitätswerke herausrechnet, sogar nur noch bei 5%. Jetzt wird der öffentliche Dienst angegriffen, der staatliche Sender ERT über Nacht geschlossen, bei Schulen und Universitäten Personal entlassen – dort wehren sich die Beschäftigten noch, aber sie erhalten kaum Unterstützung von den anderen Beschäftigten. Streikgeld gibt es sowieso nicht.

Zersplitterung

Je tiefer man in das gewerkschaftliche Leben einsteigt, desto verwirrter wird man, so mein Eindruck. Das kommt von der ungeheuren Vielfalt an Gewerkschaftsorganisationen auf allen möglichen Ebenen. Dachverbände, Branchengewerkschaften –wobei eine Branche auch nur 2000 Beschäftigte in Buchläden und Verlagen umfassen kann-, Arbeiterzentren, Betriebsgewerkschaften, Basisgewerkschaften usw. usf. Und das bei einem Organisationsgrad

von 15% bei 1,8 Mio. Beschäftigten. Möglicherweise liegt/lag darin auch eine Stärke: Dass es für den einzelnen leicht ist, sich irgendwo zu organisieren oder zu engagieren, ohne gleich in einem bürokratischen versicherungsähnlichen Apparat wie bei uns zu landen. Auf der anderen Seite scheint die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes nicht dazu zu führen, dass diese Zersplitterung überwunden wird in gemeinsamen Kampf- und Organisationsformen.

Dieser „Vorliebe“ für kleinteilige bzw. separate Organisationsformen spiegelt sich auch auf der politischen Ebene und muss sich dort auch spiegeln. Mehrere kommunistische Parteien, mehrere trotzkistische, maoistische, anarchistische, autonome Parteien und Gruppen und Grüppchen tummeln sich. SYRIZA stellt einen Versuch dar, ein Bündnis vieler verschiedener Gruppen zu bilden, worin in gewisser Weise ihre Stärke liegt. Zur Zeit sind 18 (oder 15) Organisationen unter dem Dach von SYRIZA. Denn eine einheitliche breite Bewegung von unten, die eine Partei zu ihrem Werkzeug machen würde, gibt es nicht. Daran können auch Versuche nichts ändern, aus SYRIZA eine einheitliche Partei zu zimmern, wie es auf dem Parteitag im Juli versucht wurde.

Die auffälligste und verhängnisvollste Spaltung ist wohl die zwischen der KKE und ihrem Gewerkschaftsarm PAME und der übrigen linken Bewegung, insbesondere der um SYRIZA. Die KKE/PAME repräsentiert zwar nur eine Minderheit innerhalb der Beschäftigten bzw. der Gewerkschaften, aber diese Minderheit setzt sich zum großen Teil aus aktiven und kämpferischen Menschen zusammen. Dadurch dass sie es aber konsequent ablehnt mit den anderen gemeinsam zu kämpfen, es sei denn unter ihrer Fahne, schwächt sie einen ohnehin schwachen Widerstand erheblich. (Das erinnert an die Situation vor 1933 mit der RGO!) Viele nicht KKE-ler scheinen das als gegebenes Faktum hinzunehmen, aber auch das erscheint mir als fatal. Es scheint zarte Andeutungen einer Veränderung zu geben, aber vorläufig gilt der Satz von Moisis Litsis: In der Rhetorik beschwören alle den gemeinsamen Kampf, aber in der Praxis tun sie alles, damit er nicht stattfindet.

Widerstand

Die obigen Bedingungen erschweren natürlich den Widerstand gegen die herrschende Austeritäts- und Verarmungspolitik und gegen die faschistische Gefahr.

Der Lehrerstreik, den wir noch mitbekamen, demonstrierte das deutlich. Die Sekundarstufenlehrer fingen schwungvoll an und hofften, dass daraus eine allgemeine Bewegung gegen die Regierung und zu ihrem Sturz werden würde. Aber schon die Grundschullehrer wollten nicht aufspringen und aus der Privatwirtschaft kam gar nichts.

Vorläufig hat also die Regierung mit ihrer Salamtaktik Erfolg, eine Gruppe nach der anderen wird angegriffen und abgefertigt.

Erfolgreicher scheinen dagegen die solidarischen Ansätze zu sein, die sich um Lebensmittelverteilung, Gesundheitsversorgung und andere Hilfsangebote kümmern. Zwar sind sie noch recht klein, wenn man ganz Griechenland betrachtet, aber wenigstens hier scheint der Partikularismus und die Abgrenzerei zumindest nicht vorherrschend zu sein. Man muss auch sehen, dass es politische Sozialarbeit ist, die Belegschaften in den Betrieben im Grunde außen vor sind. Ob sich beide Bereiche in einem politischen Widerstand zusammen finden können, muss man sicherlich abwarten.

Goldene Morgenröte (GM)

Der Mord an Pavlos Fyssas kurz vor unserer Ankunft beherrschte natürlich viele unserer Gespräche. Immer wieder wurde dabei die Straflosigkeit angesprochen, mit der die Verbrecherbanden dieser Partei gegen Immigranten vor allem, aber auch gegen Linke, Schwule und andere vorgingen und vorgehen. Die Zusammenarbeit von Sicherheitsorganen mit der Goldenen Morgenröte war offensichtlich. Deshalb war nicht nur unsere Skepsis groß, was die Forderung anging, die Regierung müsse die Partei verbieten, die von einigen Gesprächspartnern vertreten wurde.

Umso größer dann die Überraschung, als auf einmal die Nachricht kam, dass die Spitze der GM verhaftet worden sei. Sie werde als verbrecherische Organisation angesehen und deshalb sei ihr parlamentarischer Schutz aufgehoben.

Wir und auch unsere Gesprächspartner fragten sich, ob solch ein Vorgehen nicht demnächst gegen SYRIZA angewendet werde, die doch als das „andere Extrem“ zur GM verunglimpft werde. Wir fragten uns auch, warum überhaupt ein solches Vorgehen und warum gerade zu diesem Zeitpunkt gewählt wurde.

Meine Vermutung ist, dass die Anwesenheit der Troika, die gerade in Athen weilt(e), eine Rolle gespielt haben muss. Es geht um die Verhandlungen um die Umsetzung der Sparauflagen und um einen neuen Kredit. Möglicherweise rechnet die Regierung mit einem Bonus, da sie auf der einen Seite zeigen konnte, wozu die Sparpolitik politisch führt, und auf der anderen Seite, dass sie entschlossen gegen den Faschismus kämpft und dabei aber auf Hilfe angewiesen ist.

Ob die Regierung überhaupt noch einen ernsthaften Kampf gegen den Faschismus führen kann, ist zudem aus mehreren Gründen zweifelhaft:

Die Polizei und das Militär, auf das sie sich stützen müsste, sind bereits von Anhängern der GM durchsetzt bzw. das faschistische Gedankengut (gegen Ausländer, Linke, Widerstand generell) beherrscht viele. Wo sollen denn die „sauberen“ Einheiten herkommen, die die „infizierten Teile“ von Polizei und Militär reinigen sollen?

Eine starke Massenbewegung könnte den Faschismus stoppen und eine „Reinigung“ erzwingen, aber zum einen ist sie genau das, was die Regierung fürchtet und bekämpft, weil diese gegen ihre Abbaupolitik gerichtet ist. Dieser Punkt verbindet die Regierung eher mit der GM. Zum anderen ist eine breite Massenbewegung aufgrund u.a. der politischen Zersplitterung noch nicht da.

Perspektive

Griechenland ist das Land, in dem die Wirtschaftskrise, die 2008 ausbrach und seither mit billigem Staatsgeld „bekämpft“ wird, voll zugeschlagen hat. Es war von seinen Voraussetzungen her am schlechtesten darauf vorbereitet, mit ihr umgehen zu können. Deshalb eignet es sich auch als Übungsfeld für die Durchsetzung einer Politik der Krisenbereinigung auf Kosten der breiten Bevölkerung. Die Depression ist gekoppelt mit einer von außen verordneten Kahlschlagspolitik.

Daraus ergibt sich zum einen, dass der griechische Widerstand gegen diese Politik nicht erfolgreich sein kann, wenn er alleine bleibt und keine Parallelen in anderen betroffenen Ländern findet. Zum anderen ergibt sich die politische Möglichkeit für eine linke Regierung, tatsächlich auf Konfrontationskurs mit den EU-Institutionen zu gehen, da ein anderer Weg schlicht nicht sichtbar ist und es eigentlich schlimmer nicht werden kann.

Es könnte natürlich auch sein, dass diese Institutionen (EZB, EU-Kommission, deutsche Regierung), genau diese Gefahr sehen und den Griff auf Griechenland lockern. Hier könnte die Zerschlagung der GM eine Rolle spielen.

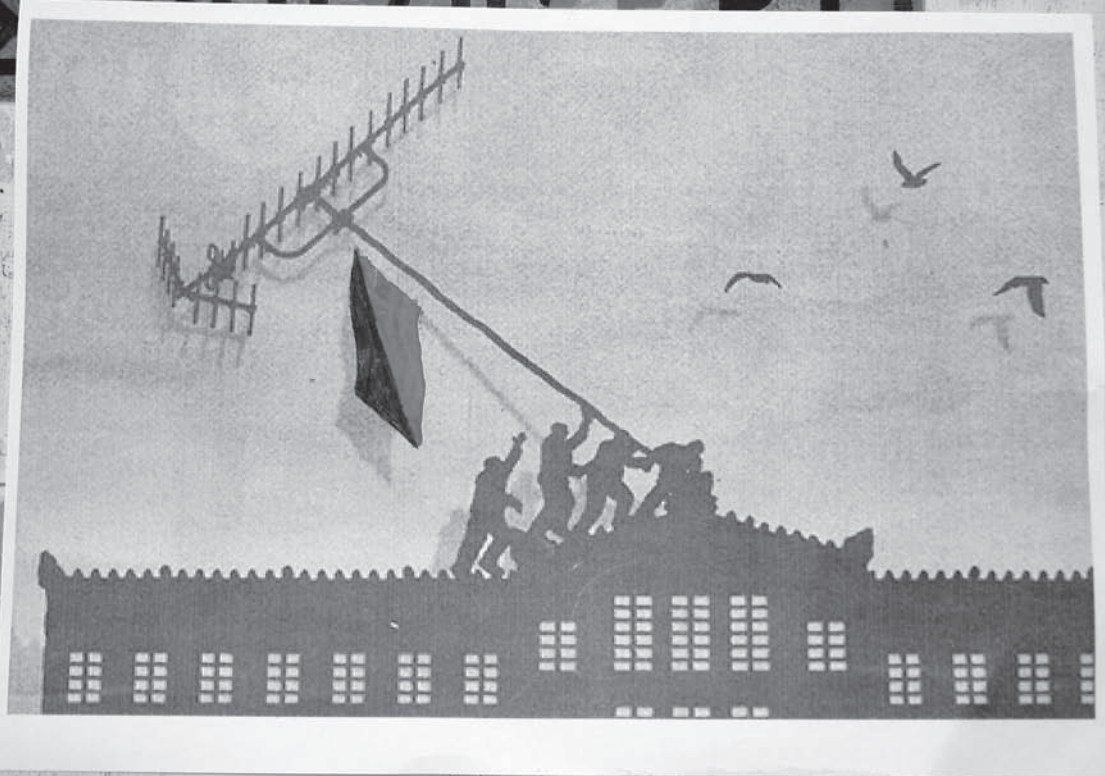
Wenn aber die Politik des radikalen Sozialabbaus und der Massenverelendung auf Druck der Troika (und damit des internationalen Kapitals) weiter durchgeführt werden wird, bleiben die sozialen Probleme der Verelendung der Arbeiterschaft einerseits und der Deklassierung der Mittelschicht andererseits natürlich bestehen und damit die Quellen, aus denen die GM gespeist wurde. Sollte die GM verboten werden oder bleiben, was aus den oben angeführten Gründen keineswegs gesichert ist, so müssen entweder Regierungskräfte selber oder eine neue Rechtspartei die Schmutzarbeiten erledigen als da wären: Bekämpfung der Linken, der Immigranten und der sozialen Unruhen.

Das wird aber einen weiteren Abbau der parlamentarischen Demokratie bedeuten und auf eine mehr oder weniger offene Diktatur (vielleicht durch das Militär mit Unterstützung der Faschisten) hinauslaufen.

Manfred

ΕΙΣ ΠΟΣΟ ΕΡΤ.

α
αλλά
ητικά
τάσει
ατικά
ς για
ών»
πεται
/ολα!
ώ σε
γους
ν 37
μου
Σ.
τούς
του
και
ς. Η
τική
ρνει
οια
πό
και
ές.
ία.





Preis: Spende zur Finanzierung der Druckkosten; der Überschuss geht an die in der Broschüre genannten Projekte der Selbsthilfe und des Widerstandes